

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 1150 M., monatlich 350 M. Bei Postbezug vierteljährlich 1155 M., monatlich 355 M. In Deutschland unter Streifenband monatlich 60 M. deutsch. — Einzelnummer 25 M. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Auslieferung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Für die 34 mm breite Kolonnenzeile 50 M., für die 90 mm breite Reklamezeile 200 M. Anstand, Ober- und Unterdruck 10 bzw. 40 deutsche M. — Bei Platzvorrat und schwerem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offerten- und Anstandsgebühren 100 M. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachkonten: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 176.

Bromberg, Mittwoch den 30. August 1922.

46. Jahrg.

Die polnisch-deutschen Verhandlungen.

Die Generalverrechnung zwischen Polen und Deutschland.

Den Bericht des polnischen Außenministers Rattowski über Polens auswärtige Politik, den wir in der gestrigen Nummer (175) der „Deutschen Rundschau“ wiedergaben, ergänzte der Bevollmächtigte der polnischen Regierung für die Verhandlungen mit Deutschland, Departementsdirektor Dłuski. Er gab einen Überblick über den Verlauf der letzten Verhandlungen, die in diesem Jahre in Ausführung des Versailler Vertrages, der Konvention vom 9. Januar 1920 und der Beschlüsse der Konferenzen in den Jahren 1920 und 1921 geführt worden sind. Dłuski sagte u. a.:

Während der oberstschlesischen Verhandlungen im April d. J. teilte mir der Bevollmächtigte Deutschlands, Minister Schiffer mit, daß die deutsche Regierung baldmöglichst Verhandlungen anzuknüpfen wünsche und daß für diesen Zweck zum Bevollmächtigten der deutschen Regierung Minister von Stöckhammer bestimmt worden sei. Im Laufe der Verhandlungen zwischen mir und Herrn von Stöckhammer wurde festgesetzt, daß für die einleitenden Verhandlungen die deutsche Delegation nach Warschau kommen sollte. Am 15. Juli fand die erste Konferenz statt, in der die beiden Bevollmächtigten der Ansicht Ausdruck gaben, daß es zweckmäßig sei, vor den Verhandlungen durch bestimmte Tatsachen eine Atmosphäre zu schaffen, die von der wirklichen Tendenz getragen wäre, zu einer Verständigung zu gelangen. Als Tatsachen dieser Art erachtete ich folgende:

1. Die Notwendigkeit der sofortigen Aufhebung des Wirtschaftsbankrotts durch die deutsche Regierung, der von Deutschland über Polen verhängt worden war.

2. Die Notwendigkeit einer genauen Durchführung der Vereinbarung durch Deutschland, die am 3. Juni 1921 in Wiesbaden abgeschlossen wurde, und in welcher sich die deutsche Regierung verpflichtete, für die während der Okkupation im ehemaligen Kongresspolen requirierten Pferde dem polnischen Staat 35 000 ausgesuchte Rassepferde zu liefern. Diese Forderungen wurden am 20. Juli d. J. in jeder Beziehung angenommen. Es wurde ein Protokoll unterzeichnet, nach welchem die deutsche Regierung sich verpflichtet, Genehmigungen zur Ausfuhr deutscher Waren nach Polen nach denselben Regeln zu erteilen, die für andere Länder gelten. Die Preise für die Waren werden nach den Normen festgesetzt, die für die Länder mit niedriger Valuta gelten. Außerdem gab der Bevollmächtigte die Erklärung ab, daß die erwähnte Vereinbarung über die Abgabe von Pferden mit aller Genauigkeit eingehalten werden solle. In demselben Protokoll habe ich im Namen der polnischen Regierung die Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht, Deutschland das Recht zum Eisenbahntransit nach Rußland und der Ukraine durch das polnische Gebiet für Waren zu gestatten, die deutschen Ursprungs sind. Nach Erledigung dieser einleitenden Schritte legten die Bevollmächtigten der beiden Parteien das Programm für die Verhandlungen und ihr Reglement fest. Das Programm der Verhandlungen umfaßt:

1. Die Verrechnung über die Einnahmen und Ausgaben für das ehemals preussische Teilgebiet, wobei der 1. Oktober 1919 als Verrechnungsdatum angenommen wurde.

2. Die Rückgabe sämtlicher Einzahlungen durch die deutsche Regierung, die für Kriegsfamilien durch die Gemeinde und Kreise des ehemals preussischen Teilgebiets geleistet worden sind, als Voranschlag auf die Rechnung Deutschlands und Preussens.

3. Die Feststellung, in welcher Höhe Deutschland verpflichtet ist an den Zivil- und Militärpensionen, welche die Bewohner des ehemals preussischen Teilgebiets am Tage des Inkrafttretens des Versailler Friedensvertrages bezogen haben, zu partizipieren.

4. Die Okkupationsregierung hat bekanntlich die sogenannten Kriegsschulden oder die ersten polnischen Mark emittiert, wobei die deutsche Regierung für den Umtausch dieser Mark in deutsche Mark unter dem im Dekret des Generalgouverneurs Beseler vom 9. Dezember 1918 näher bezeichneten Bedingungen die Garantie übernommen hat. Der polnischen Landesbankkassette steht vor einer Reihe von deutschen Banken ein bedeutender Betrag zu, der seinerzeit dort eingezahlt wurde für Aufträge, die der Kasse durch die Okkupationsregierung erteilt worden waren.

5. Beginnend mit Friedrich II haben die preussischen Könige nach den Teilungen Polens die Kirchen- und Klostergüter secularisiert. Ein bedeutender Teil dieser Güter wurde später verkauft und die hieraus gewonnenen Fonds wurden zur Befriedung der katholischen Geistlichkeit im ehemals preussischen Teilgebiet verwendet. Diese Fonds fluierten im Budget des preussischen Staates. Aufgabe der Verhandlungen wird es sein, diese Fonds zurückzuerhalten.

6. Im Besitz der preussischen Regierung befinden sich zahlreiche Akten, Archive, Zeichnungen und Bibliographisches Material, das aus dem ehemals preussischen Teilgebiet vertrieben wurde, sowie eine Anzahl Denkmäler und Kunstwerke. Polen wird die Herausgabe dieser Objekte fordern.

7. In der Frage der Option haben beide Regierungen Verbindungen erlassen, in denen die mit der Option verbundenen Formalitäten festgelegt wurden. Diese Verbindungen konnten nicht vereinheitlicht werden.

8. Die ländlichen Grundstücke im ehemals preussischen Teilgebiet sind mit bedeutenden Hypotheken der Posener Kreditgesellschaft sowie zweier Kreditgesellschaften in Marienwerder belastet. Der städtische Grundbesitz ist belastet mit bedeutenden Anleihen verschiedener deutscher Banken sowie Privatpersonen, überwiegend deutscher Staatsangehöriger. Der Schuldzins lautet in deutscher Mark. Das Gesetz vom 20. November 1919 schreibt ein Moratorium für sämtliche Forderungen vor, die deutschen Staatsbürgern zustehen. Dieses Gesetz schrieb gleichzeitig

vor, daß die polnische Mark gleich der deutschen ist. Infolgedessen sind die Gläubiger sowie auch die Inhaber von Pfandbriefen in große Schwierigkeiten geraten. Die Regelung dieser sehr komplizierten Frage wird ebenfalls Gegenstand der Verhandlungen bilden. Dasselbe trifft auch auf Obligationen zu, die durch polnische Gemeinden des ehemals preussischen Teilgebiets emittiert worden sind.

9. Außerdem sollen auf dem Wege der Verhandlungen folgende Fragen geregelt werden:

Die Rückgabe der Beträge durch Deutschland, welche auf Leistungen entfallen, die während des Krieges im ehemals preussischen Teilgebiet durch Gemeinden sowie Privatpersonen dargebracht worden sind. Rückgabe aller den Arbeitern polnischer Staatsangehörigkeit zustehenden Beträge, die während der Okkupation in Deutschland in Arbeit standen, sowie der Beträge, die Kriegsgefangene polnischer Staatsangehörigkeit zu fordern haben. Die Regelung der Frage der Polizen, die durch deutsche Versicherungsgesellschaften ausgestellt worden sind, die Teilung des Besitzes von Privatpersonen deren Wirkungsbereich durch die neue Grenzlinie durchschnitten wurde. Die Methode der Anwendung des Art. 297 sowie des Art. 256 des Versailler Vertrages.

Nach Erledigung dieser Fragen werden sich beide Parteien mit der Regelung der gegenseitigen Beziehungen auf dem Gebiet der Eisenbahn, der Post, sowie im allgemeinen auf dem Gebiet des gemeinsamen Wirtschaftslebens befassen. Die Verhandlungen beginnen wahrscheinlich am 6. September in Dresden.

Sozialismus und Minderheitsbloß.

Wie wir soeben erfahren, hat sich gestern, am 28. August, die Deutsche Sozialdemokratische Partei für das ehemals preussische Teilgebiet (Pommern und Posen) der deutschen Abteilung des Wahlbundes der nationalen Minderheiten angeschlossen. Die Deutsche Arbeitspartei Polens in Lodz hat diesen Anschluß bereits am Sonnabend vollzogen.

Wir begrüßen diese glückliche Wendung der Dinge mit aufrichtiger Freude. Klassen- und Standesinteressen schweigen, wenn es um die Erhaltung des hart bedrängten Volkstums geht. Der am 20. d. M. in Kattowitz zur Beratung stehende sozialistische Minderheitsbloß dürfte damit erledigt sein. Die Lodzer und Bromberger Sozialisten haben an dieser Tagung nicht teilgenommen und waren darum auch nicht an deren Beschlüssen gebunden. Wir hoffen, daß auch in Oberschlesien und Teschen nächtliche Erwägungen über den Luxus des Parteibürokratismus den Sieg davontragen werden. Wer in der Opposition steht, kann eine Opposition im eigenen Lager nicht gebrauchen. Der lachende Dritte ist doch nur der gemeinsame Feind.

Das Minderheitsproblem in Polen.

Der Krakauer „Gazet“, der bekanntlich dem Ministerpräsidenten Dr. Nowak nahesteht, beschäftigt sich wiederholt mit Fragen, die den Wahlbündel der nationalen Minderheiten betreffen. Der letzte Artikel enthält folgende Schlussfolgerung:

In Polen gibt es nur zwei Nationalitätenfragen, eine deutsche und eine russische. Diese werden in erster Linie den Gegenstand der Sorge und der Erwägungen unserer Regierung bilden. Die Bezeichnung des Gesamtbundes der Nationalitätenproblems kann in den Spalten eines Zeitungsartikels keinen Raum finden. Und es handelt sich vorläufig nur um die Feststellung, was wir von den Völkern, die den polnischen Staat bewohnen, als Äquivalent für den rechtlichen Schutz, den sie genießen und für die Berücksichtigung und Beachtung ihrer besonderen nationalen und kulturellen Bedürfnisse und Wünsche fordern können. Diese Forderungen lassen sich, wie folgt, zusammenfassen:

Die lokale Anerkennung und Ausführung aller Pflichten, die auf dem Bürger im Verhältnis zum Staate lasten. Außerdem dürfen wir fordern, daß die Rechte der polnischen Sprache als der herrschenden Staatsprache ohne Vorbehalt anerkannt werden. Alle anderen Elemente eines friedlichen Zusammenlebens lassen sich leicht finden, sobald diese grundsätzlichen Forderungen erfüllt werden. Daran ist am Vorabend der Wahlen zu erinnern, wenn das Nationalitätenproblem zeitweise zu einer Agitationslosung wird und wenn dieses Problem durch die Bildung von Nationalitätenbündeln eine gewisse Zuspitzung erfährt. Denn wir erkennen durchaus das Recht der fremden Nationalitäten an, daß sie die Wahl von Mandaten erhalten, das ihrer zahlenmäßigen Stärke entspricht, was übrigens die Proportionalität der Wahlordnung garantiert. Wir sind jedoch nicht der Meinung, daß es angebracht und zweckmäßig sei, aus diesem Grunde einen Kampf zu beginnen, in dem unter Außerachtlassung der Staatsinteressen enge nationalitäre Instinkte geweckt werden.

Die Behauptung, daß ein gerechtes Wahlrecht der Minderheiten durch die Proportionalität der Wahlordnung garantiert sei, kann bei jedem polnischen Staatsbürger, der kein Ansehen erweckt, also die Wahlordnung zu leihen versteht, nur ein Witz sein. Solche Gerechtigkeit leugnet ja selbst der „Kurjer Południowy“ und Herr Autoslawski ab. Leider müssen wir ihnen diesmal Recht geben und der Schlichtung des „Gazet“ empfehlen, die Wahlkreisgeometrie zu studieren und über die merkwürdige Gestaltung der Staatsliste nachzudenken.

Danziger Börse am 29. August

(Vorbörslicher Stand um 9 Uhr vorm.)

Poln. Mark 17,00

Dollar 1500

Ämtliche Dividentur des Portages siehe Handels-Rundschau.

Der Staatschef über die deutschen Minderheiten.

Kattowitz, 28. August. Bei den Begrüßungsfestlichkeiten aus Anlaß der Anwesenheit des Staatschefs empfing dieser unter anderen auch die Vorsitzenden des Deutschen Volksbundes zur Wahrung der Minderheitsrechte in Polnisch-Oberschlesien, die erklärten, daß sie auf dem Boden des polnischen Staatswesens und des Genfer Vertrages ständen und ihre Tätigkeit den Bestimmungen der Behörden im Gebiet der Wojewodschaft Schlesien anpassen wollten. Dem „Przegląd Wiczyorny“ zufolge gaben die Delegierten die Erklärung ab, daß sie kein Geheimnis daraus machen, daß sie sich ihre nationale und kulturelle Sonderheit zu erhalten wünschten. Sie baten den Staatschef, die deutsche Minderheit in dieser Beziehung zu unterstützen und ganz besonders das deutsche Schulwesen zu fördern. Zum Schluß stellten sie die Behauptungen eines Teils der polnischen Presse in Abrede, daß die deutsche Minderheit antipolnische Tendenzen verfolge, und baten den Staatschef, ihnen dasselbe Vertrauen entgegenzubringen, das andersstämmige polnische Staatsbürger für sich beanspruchten.

Auf diese Erklärung erwiderte der Staatschef, er verstehe es durchaus, daß sich vorläufig gewisse Schwierigkeiten durch die Tatsache des Bestandes nationaler Minderheiten in Oberschlesien herausgebildet hätten. Diese Schwierigkeiten seien den Folgen der Volksabstimmungskämpfe zuzuschreiben, die, wie jeder Kampf, starke Reibungen hervorgerufen hätten, die erst die Zeit heilen und beseitigen kann. (In Posen und Pommern gab es Reibungen ohne vorausgegangene Abstimmungskämpfe. D. Red.) Er, der Staatschef, selbst werde alles daran setzen, daß man hier die Deutschen nicht nur als Deutsche, sondern gleichzeitig als Bürger des polnischen Staates behandelt. In dieser Beziehung, so sagte der Staatschef, binden Polen internationale Verpflichtungen. Er ist jedoch der Meinung, daß das Ergebnis einer derartigen Behandlung von der Behandlung der polnischen Minderheit jenseits der Grenze durch die deutsche Regierung abhängen wird. Die Klagen, die so häufig aus Deutschland hier eintreffen, bewirken eine Aufspaltung der öffentlichen Meinung und erschweren die Durchführung der loyalen Anweisungen, die die polnischen Behörden über die Behandlung der Minderheiten erhalten haben. Ein friedliches Zusammenleben mit sämtlichen Bürgern der Republik würden die Deutschen Oberschlesiens dadurch unterstützen, daß sie ihren Einfluß auf ihre Landsleute jenseits der Grenze dahin geltend machen, daß diese die polnische Minderheit so behandeln, wie die deutsche Minderheit in Polen behandelt werden möchte.

Aus der hauptstädtischen Presse.

Außenpolitische Sorgen. — Placinski.

Das zweite Irland. — Ein peinliches Thema.

Wer verschuldet die Teuerung?

Außenpolitische Fragen hatten dieser Tage die Vorherrschaft; zunächst das, was sich um das Verhältnis zu Tschechien und zur Kleinen Entente und um das österreichische Problem gruppiert, sodann das Polnisch-Danziger Verhältnis — das wir zur „Außenpolitik“ rechnen, wenigleich Danzig für Polen nicht „Ausland“ ist; andererseits kann man Danziger Fragen schlecht als „innenpolitische“ bezeichnen. Es sei also unsere Einteilung erlaubt mit dem Bemerkten, daß sie nicht dunkler „chauvinistischen“ Nebenabsichten entspringt.

Die ausgedehnte Presse- und Redebühne um die Konferenzen von Maribor (Unterzeichnung eines langfristigen Bündnisvertrages zwischen Tschechien und Jugoslawien) und von Prag (Resultat noch nicht vorliegend; Zusammenkunft der kleinsten Außenminister — Tschechien, Jugoslawien, Rumänien — mit dem polnischen Sonderdelegierten Pils, um a) bestimmt gemeinsames Auftreten in Minderheitenfragen bei der Völkerbundsession [ab 4. 9.] festzulegen, b) möglicherweise Polens Beitritt zur Kleinen Entente zu fördern) läßt sich nicht trennen von der Artikel-fülle über die Prag-Berlin-Venona-Reise des österreichischen Bundeskanzlers Seipel. In Kürze des österreichischen Bundeskanzlers Seipel. In Kürze gesagt, ergibt die Presse folgendes: Die nationalitäre „Gazeta Warszawska“ bedauert die kürzliche Verschlechterung der Beziehungen zu Tschechien (wegen der Janowinaverhandlungen), da dies eine Breche in Polens Außenpolitik bedeute, deren Weller das französische Bündnis und gutes Verhältnis der der Kleinen Entente seien. Ihr Artikel zeugt deutlichen Willen, durch weites Entgegenkommen den Streit mit Tschechien beizulegen. (In diesem Sinne dürfte sich auch der tschechenfreundliche Pils rechtlich bemühen.) Ihr Motiv ist, daß der Völkerverbund (Polen plus Kleine Entente) Sitz und Stimme gleich einer Großmacht im Völkerbundrat erhalten soll. — Die Warschauer Stimme

Frankreichs, das „Journal de Pologne“, unterzeichnet diese Gedanken mit Nachdruck: Polen muß in die kleine Entente, muß sich mit den Tschechen vertragen, damit es als größter Staat dieses „kontinentalen Blockes“ diesen zu einem zuverlässigen Genossen der französischen Politik mache.

Die „Nacpopolita“ schließt sich im wesentlichen der Politik der reinen Nationaldemokraten an. Die „Linke“ zeigt sich in der Debatte zurückhaltend; nur einen Artikel liefert sie, der den Tschechen böse Dinge sagt und jedes politische Entgegenkommen ablehnt. Im übrigen arbeitet an dieser Frage die Linke Presse nur mit Telegrammen: sie deuten an, daß man nicht opponieren wird, falls durch Entgegenkommen der Tschechen die französische, vom Reichslager unterstützte Politik zum Ziele führt, daneben aber deuten sie auf die Möglichkeit anderer Kombinationen durch engeres Bündnis mit Rumänien (Bismarck reist ja demnächst nach Bukarest); sollte Tschechien spröde bleiben, so ließe sich das vielleicht nach Ungarn erweitern? — Sinein spielt die österreichische Frage. Man fällt Lösungsversuche des verfahrenen Problems Mitteleuropas und jedes Nüchtern an den „Friedenstraktaten“, jede Verschiebung in Mitteleuropa erregt Polens lebhaftes Interesse. Auch hier gehen die Nationalisten mit Frankreich: Anschluß Österreichs an Deutschland ausgeschlossen, auch Anschluß an Italien (durch Zollunion usw.) muß vermieden werden: er bedroht Jugoslawien, also die kleine Entente, und er schafft italienisch-deutsche Grenze und Annäherung. Folglich — sagt ein Teil mit Frankreich — muß Österreich selbständig erhalten werden; ein anderer Teil sagt: höchstens darf es sich der kleinen Entente nähern, sofern Polen in diese führend eintritt. „Gazeta Warszawska“ noch weitergehend will den Großblock: kleine Entente, Polen, Österreich, Ungarn (!), den sie wegen des Zahlenverhältnisses als „slawisch“ bezeichnet. „Nur ein slawisches Mitteleuropa kann davor sichern, daß Mitteleuropa nicht erneut deutsch wird.“ Der „Kurjer“ warnt Tschechien: „Nur die Föderation mit Polen kann Tschechien vor dem Verlust der Unabhängigkeit und Germanisierung retten.“ Und ah! „In dieser Föderation müßte sich das tschechische Volk als zahlenmäßig schwächer und militärisch geringwertig mit der untergeordneten Rolle begnügen. Die führende Rolle müßte Polen zufallen.“ „Kurjer“ polstert — mehr demokratischer Färbung — wünscht auch Erhaltung Österreichs; das soll aber der Völkerverbund regeln und dort wird Polen die österreichischen Interessen „mit allen Kräften“ unterstützen.

Das Verhältnis zwischen Polen und Danzig, viel behandelt wegen der Streitfragen um Zollstatistik und Begründung fremder Flotten, zeigte sich als gewaltig verwickelt im Laufe der letzten Monate. Die Rechtspresse gibt die Schuld der verstärkten „Deutschnationalen Agitation“ in Danzig; dem schließt sich auch „Kurjer“ an. In der Linkspresse zeigt sich Empfinden dafür, daß die Verschlechterung der Beziehungen zumindest teilweise auch auf das Konto des sehr nationalistischen Generalkommissars Plucinski zu setzen ist.

Dissidazien ruhte in diesen Tagen fast gänzlich; nur „Kurjer“ erinnert an eine Bemerkung Lloyd Georges in Genua: er sei gegen Bildung eines östgalizischen Staates und gegen ein russisches Östgalizien (also für ein polnisches?), er wolle aber kein zweites Irland dort schaffen. Auch „Kurjer“ will letzteres nicht, sieht aber gerade in der englischen Politik den Grund für das eigentliche „Irland“ und sagt daher unmissverständlich: „Ein Irland in Östgalizien könnte ebenso leicht wie eine falsche nationale Politik Polens auch eine falsche Politik der Großmächte schaffen.“

Ein peinliches Thema, obgleich sehr aktuell und wichtig, wird mit Schweigen behandelt, nur „Kurjer“ Poranny“ behandelt es kurz: die neue russische Einladung zu einer Abrüstungskonferenz. Dazu sagt „Kurjer“ Poranny: „Rusland schlägt seinen Nachbarn die Abrüstung vor, während es selbst seine Armee mit Hilfe preussischer Generalstabsleute (dieses Märchen ist unaussprechlich!) organisiert.“ „Polen, die Baltischen Staaten und Rumänien... leben unter ständiger Bedrohung durch eine bolschewistische Invasion.“ „Die Einladung nach Moskau... zeigt sich als Propagandamittel und auf die Neutralität Europas berechnete Reklame.“ Man müsse sie aber annehmen — später; denn jetzt gehe es nicht wegen der Völkerverbundtagung —, um sich nicht dem Vorwurf des „Militarismus“ durch das „naive“ Europa aussetzen.

Die Feuerung! Statt der nötigen 20 Artikel mit sachlichen Ratsschlüssen nur zwei mit agitatorischer Wertung der katastrophalen Feuerungswelle. Zunächst der sozialistische „Robotnik“. Schuld an der Feuerung sei der Markfall, an dieser der schlechter gewordene Stand der Finanzen. Die Feuerung sei Folge der nationaldemokratischen Finanzminister und der nationaldemokratischen-bäuerlichen Sejm-mehrheit und weiterhin des von dieser durchgeführten Freihandels und der Aufhebung des Zuckeraufsatzes. — Der Gegenhieb folgt seitens der nationaldemokratischen „Gazeta Poranna“: „Die Feuerung... steht in keiner Beziehung, wie das die Regierung Nowak will, mit der Weltkrise, sie ist zweifellos eine Folge der Ungeeignetheit der Regierung und der leichtsinnigen Politik der höchsten Instanzen der Republik.“ — W. R.

Aus der Wahlbewegung.

Die Geistlichkeit und die Wahlen.

Kürzlich wurde eine Erklärung der päpstlichen Kommission zu der authentischen Erklärung des kanonischen Rechts vom 5. April d. J. veröffentlicht, in der den vorgelegten geistlichen Behörden empfohlen wird, den Geistlichen, die zum Sejm und Senat kandidieren wollen, Schwierigkeiten zu machen. Im Gegensatz hierzu steht ein Beschluß der Warschauer Synode, der sich über die politische Tätigkeit der Geistlichkeit wie folgt äußert:

„Der Priester hat als Staatsbürger das Recht, seine politische Überzeugung zu haben. Zweifelslos werden politische Abweichungen innerhalb der Geistlichkeit nicht allzu groß sein, da der rabidale Liberalismus und erst recht der Sozialismus sowie die äußerste Reaktion, sich nicht mit dem Charakter eines Priesters verträgt. Trotzdem können innerhalb der Geistlichkeit gewisse politische Unterschiede bestehen, und die politische Schablone darf auf sie nicht angewendet werden. Kann doch die soziale Arbeit mit dem Volke, die der Priester auf sich genommen hat, diesem keineswegs eine politische Schattierung aufzwingen, da ihn sonst früher oder später zweifellos ein Flakso erwartet.“

Der Priester hat im allgemeinen den politischen Charakter der sozialen Arbeit zu wahren und zu beschützen, denn die Politik teilt die Gesellschaft in Parteien, Lager und andere Gruppierungen, die sich mitunter auf Tod und Leben bekämpfen, während die soziale Arbeit die Gesellschaft um ein engbegrenztes Ziel sammelt, mit dem sich das geistige oder materielle Interesse der Beteiligten verbindet.

In ein und derselben Institution können sich Personen der verschiedensten politischen Überzeugungen zusammenfinden und doch gemeinsam arbeiten (z. B. in landwirtschaftlichen Vereinen, Volkserziehungsvereinen usw.). Mit dem Augenblick jedoch, da man dieser Institution eine politische Schattierung aufzwingt, muß eine Sprengung erfolgen, und der Priester, der hierzu seine Hand reicht, würde mit einer Hand das vernichten, was er mit der anderen aufgebaut hat. Das Beispiel der politischen Toleranz, das

er gibt, wird die politische Hitze der anderen abkühlen und er wird vielleicht in den meisten Fällen, zur Befriedigung der politischen Leidenschaften beitragen.

Der „Kurjer Poranny“ hält es für charakteristisch, daß der Beschluß der Synode über die Frage der direkten Beteiligung der Geistlichkeit am politischen Leben hinweggeleitet und den Priestern nur den Rat gibt, politische Toleranz zu üben und die soziale Arbeit von politischen Einflüssen freizuhalten. Eine derartige Behandlung dieser ungemünzten wichtigen Frage werde keineswegs die kriegerische Geistlichkeit davon abhalten, sich am Wahlkampf zu beteiligen und bei den kommenden Wahlen ihr Amt zu politischen Zwecken zu mißbrauchen.

Der Zweck heiligt die Mittel.

Das Finanzministerium hat dem Ministerium für Landwirtschaft einen Kredit von 250 Millionen zur Unterstützung von fünf von elementarer Gewalt betroffenen Volkswirtschaften gewährt. Nationalistische Blätter behaupten, die Regierung habe den Volksparteikern für den Kreis Garmolin 350 Millionen gegeben.

Die polnische Landeskreditkassette bewilligte dem Zentralverband der Eisenbahn-Kooperativen einen Kredit zur Bezahlung der Schulden an den Staat, die durch die Kooperation bei der Regierung aufgenommen worden waren. Die nationalistischen Blätter melden im Zusammenhang damit, daß die Regierung den Sozialisten Millionen für sozialistische Kooperativen gegeben habe.

Das Finanzministerium stellt fest, daß diese Meldungen der nationalistischen Presse aus der Luft gegriffen sind.

Es ist anzunehmen, daß die nationalistischen Blätter derartige Märchen auch weiterhin verbreiten werden. Der „Przeglad Wlczorny“ meint, daß Pfarrer Rutkowski auf seine Schule der Rhetorik stolz sein kann. Jene, die doch seine Organe täglich davon, daß sie dem Grundsatz huldigen: Der Zweck heiligt die Mittel!

Witos über den Wahlkampf.

Der „Dziennik Poznański“ berichtet über eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der Sejmgruppe P. S. R. Witos und einer Mitarbeiterin der Zeitung etwa folgendes: Als Herr Witos um seine Meinung über das gegenwärtige Kabinett befragt wurde, erklärte er, er halte es für das einzig mögliche in der gegenwärtigen Lage: Prof. Nowak sei ein ruhiger und unparteiischer Mann, die Unzufriedenheit der Rechten habe gar keine Grundlagen.

Als man auf die Kabinetskrisis zu sprechen kam, die der Staatschef hervorgeufen hatte, sagte Witos, der Staatschef hätte sehr gut gewußt, was in dem Kabinett Ponikowski vorging. In diesem Kabinett ging alles aus dem Reime. Die lange Kabinetskrisis war nicht günstig, aber das jetzige Kabinett Nowak wird eine gründliche Reinigung des „Augiasstalles“ vornehmen müssen. Gegen das Kabinett Ponikowski äußerte sich Witos sehr scharf. Er ist der Meinung, daß die von den Bürgern zusammengebrachten Danina-Milliarden zu einer künstlichen Hebung des Marktfusses verwendet worden seien, was eine große Kompromittierung im Auslande bedeute.

Über die Wahlen äußerte sich Witos, daß der Kampf erbittert sein werde. Keine Partei besitzt Verständnis für die Bedürfnisse des Staates, die Rechte und die Linke denke nur an den Kampf und strebe zur Verdrängung nicht einmal dort, wo sie möglich sei. Die Wahlen könnten einen solchen Ausgang nehmen, daß die Linke mit den Abgeordneten der nationalen Minderheiten die Mehrheit erlangt, denn es kommen jetzt noch Ruthenen und die deutschen Sozialdemokraten Derschleissens dazu. Auf die Frage, ob seine Partei zur Nachgiebigkeit geneigt wäre, antwortete er: „Es ist möglich, wir gehören ja zu den gemäßigten Parteien!“

Über Polen äußerte sich Witos, daß es dort an Autoritätsgefühl dem Staate gegenüber mangle. Über den Staatschef äußerte er sich folgendermaßen: „Auch für mich ist doch schließlich Jozef Pilsudski nur der Staatschef, ein guter oder ein schlechter, und sobald sich's zeigt, daß er ein schlechter...“ Hier zwuckte Witos mit den Achseln.

Die Zukunft Mitteleuropas.

Die in letzter Zeit viel erörterte Frage, ob die Zukunft Zentraleuropas deutsch oder slawisch sein wird, erörtert im „Journal“ Saint Brice. Er geht von dem Besuch Dr. Seipel in Berlin aus und betrachtet es als einen Umstand tragischer Ironie, daß die deutsche Mark der im Sterben liegenden Krone zu Hilfe kommen soll. Die Großmächte, und vor allem Frankreich hatten in Wien protestiert gegen die Erklärung des Bundeskanzlers, daß die österreichische Notlage nunmehr nicht nur wirtschaftlich, sondern vor allem auch politische Maßnahmen erfordere, die Stunde der Ausbühlmittel und Vorhänge sei verstrichen. Wenn der Kanzler sich trotzdem zunächst nach Prag gewandt habe, so habe Österreich damit bekundet, daß es die Entscheidung der Großmächte respektieren will, die eine Vereinigung mit Deutschland verbiete. Wenn jedoch die Ereignisse der nächsten Zeit ein unabhängiges Weiterbestehen Österreichs unmöglich machen sollten, so würde sicher die Stimme des Blutes, die Österreich zu Deutschland treibe, stärker sein als alle Argumente der politischen Vernunft. Dr. Seipel habe Venetia hierüber auch durchaus nicht im Zweifel gelassen. Der Bundeskanzler werde auf seiner Reise nach Rom kommen, da Italien allem Anschein nach ein politisches und wirtschaftliches Bündnis mit Österreich anstrebe. Ein derartiges Bündnis würde Österreich von der Sorge befreien, die ihm Südtirol mache, andererseits würde es Italien den Donauweg sichern und eine Brücke nach Deutschland schaffen, so daß damit etwa der Staatenblock der Vorkriegszeit wiederhergestellt sein würde, der einem Aufblühen Triests und der Expansion Italiens zugute käme.

Saint Brice erwähnt die Staaten der kleinen Entente eindringlich, die Gefahr des Augenblicks und damit die Notwendigkeit zu erkennen, in Mitteleuropa einen festen und wirtschaftlich gut fundierten Staatenblock mit einem slawischen Kernstaat zu begründen, der Österreich und Ungarn einschließen und dadurch den mittleren Donaulauf beherrschen müsse. Nur ein Staatenblock unter slawischer Vorherrschaft könne verhindern, daß Zentraleuropa deutsch werde. Wenn Dr. Seipel nach Paris kommen sollte, so würden ihm Ratsschlüsse von der französischen Regierung auch in dieser Hinsicht erteilt werden.

Man erkennt in diesen Ausführungen des französischen Publisten wiederum mit aller Deutlichkeit die ursprüngliche Absicht, von der sich Frankreich bei der Gründung der kleinen Entente hat leiten lassen. Der deutsche Einfluß in Mitteleuropa soll ein für allemal beseitigt werden und dafür ein slawisches Staatsgebilde unter französischer Führung zur Vormachtstellung gelangen. Man wird allerdings in Frankreich noch einmal darüber belehrt werden, daß sich der politische Einfluß eines 60-Millionen-Volkes auf die Dauer nicht verdrängen lassen kann.

Die verschlossenen Türen des Völkerverbundes

Der Pariser „Matin“ meldet: Das Generalsekretariat des Völkerverbundes erklärt, daß die Anträge für die bevorstehende Tagung des Völkerverbundes Ratungsmäßig am 15. August abgeschlossen sind und daß sich unter ihnen nur ein Aufnahmeartrag von Ungarn befindet. Für die Zulassung Deutschlands liegt kein Antrag einer Verbandsmacht vor. Auf der nächsten Tagung werde deshalb die Zulassung Deutschlands nicht erörtert werden können.

Aus Brüssel wird gemeldet, daß das belgische Außenministerium der Arbeiterpartei mitgeteilt hat, es sei notwendig, den Senator Lafontaine, der in der belgischen Delegation für den Völkerverbund bisher die Sozialisten vertrat, in diesem Jahre auszuscheiden. Als Grund wird angegeben, daß Lafontaine bei der internationalen Versammlung der Völkerverbundsvereinigungen in Prag eine deutschfreundliche Haltung eingenommen und dadurch die Vertreter der kleinen Entente vor den Kopf gestoßen habe. Die Arbeiterpartei hat sich bereit erklärt, de Broedere oder Vandervelde an Stelle Lafontaines zu ernennen, aber unter der Bedingung, daß ihren Vertretern volle Freiheit gelassen werde, in der Völkerverbundsversammlung erstens für die Zulassung Deutschlands, zweitens für den Schluß der Minderheiten zu stimmen. Auf diesem Standpunkt hat bereits Lafontaine gestanden. Wie erinnerlich, handelte es sich in Prag um den Versuch nationalsozialistischer Parteileute, ihre durchaus mit den Bestimmungen des Friedensvertrages und mit der Auffassung der Mehrheit der Versammlung in Widerspruch stehenden Auffassungen über den Minderheitenfortschritt durchzusetzen, wobei sie die Unterstützung bei einem Teile der Franzosen fanden. In Prag war bei den übrigen Vertretern die Empörung über das Verhalten der frondierenden Herren allgemein. Es ist auch sehr bemerkenswert, daß in späteren Äußerungen von offizieller Seite der Vorgang als völlig harmlos und auf Mißverständnisse beruhend dargestellt wurde. Nichtsdestoweniger ist die Angelegenheit augenscheinlich zu einer diplomatischen Aktion erweitert worden, mit dem Erfolge, daß die belgische Regierung Herrn Lafontaine, der in der belgischen Friedensbewegung eine sehr bedeutende Rolle spielt, von dem Posten zu entfernen für notwendig gehalten hat. Das ist zweifellos außerordentlich charakteristisch für die Art und Weise, wie gewisse Staaten, die im Völkerverbund vertreten sind, alles niederhalten, was ihren egoistischen Zwecken nicht paßt. Man kann daraus ersehen, mit welchen Mitteln in Genf selbst versucht werden wird, eine fruchtbare Besprechung der Minderheitenfrage, bei der es sich vor allem um das Deutschum im Osten handelt, zu erschweren. Und man kann weiter volles Verständnis dafür haben, daß das Deutsche Reich auf eine Zulassung zum Völkerverbund keinen sonderlichen Wert legt, solange ein Mann wie Lafontaine wegen „deutschfreundlicher Gesinnung“ von den Beratungen des Bundes ausgeschlossen wird.

Die Beteiligung Danzigs an internationalen Konferenzen.

Über die Frage der Beteiligung der Freien Stadt Danzig an internationalen Konferenzen hat der Kommissar des Völkerverbundes folgende Entscheidung getroffen:

Gemäß den Bestimmungen des Vertrages von Versailles oder der Konvention vom 9. November 1920 hat Danzig nicht das Recht auf besondere Vertretung und Stimme auf internationalen Konferenzen. Aber Danzig hat das Recht, einen oder mehrere Delegierte zu solchen Konferenzen zu entsenden und diesen Delegierten ist zwar nicht ein unabhängiges Stimmrecht, sondern, falls sie an irgendwelchen Diskussionen wirtschaftlicher Natur, die die Wohlfahrt oder das Gedeihen der Freien Stadt Danzig betreffen, teilzunehmen.

Bei den Bestimmungen der Entscheidung vom 17. Dezember 1921 und des späteren Abkommens hinsichtlich dieser Entscheidung, das zwischen den Delegierten der Regierungen von Polen und Danzig beschloffen ist, soll es genau ebenso Anwendung finden wie auf alle anderen Angelegenheiten, welche durch jene Entscheidung und das Abkommen geregelt sind.

Nichts in dieser Entscheidung soll beeinträchtigen die Rechte des Rats des Völkerverbundes oder der Versammlung des Völkerverbundes, einen Delegierten der Regierung der Freien Stadt Danzig zu ernennen, an irgendwelchen besonderen internationalen Kongressen oder Versammlungen teilzunehmen und dort seine Stimme abzugeben.

Republik Polen.

Die Wahlkommissionen in Großpolen.

Posen, 26. August. Der Wojewode Dr. Celichowski hat auf Grund des Art. 19 des Gesetzes über die Wahlordnung zum Sejm für die Wahlkommissionen ernannt:

1. Dr. Jan Biziel, Arzt in Bromberg (Mitglied).
2. Gutsherr Wlodek Chlebowski aus Bagdab Kreis Wirsitz (Vertreter für die Wahlkommission 22).
3. Dr. Christian Jurek, Rechtsanwalt und Notar in Gnesen (Mitglied).
4. Wojciech Cawrak, Landwirt in Puszczyn, Kreis Gnesen (Vertreter für den Wahlbezirk 33).
5. Syndikus Dr. Jan Slawski in Posen (Mitglied).
6. Roman Witoski in Posen (Vertreter für die Wahlkommission 34).
7. Gutsherr Antoni Radomski in Polatka, Kreis Posen-Ost (Mitglied).
8. Arbeiter Stanislaw Palfert aus Głowno, Kr. Posen-Ost (Vertreter für den Wahlbezirk 35).
9. Theodor Edwardowski aus Kobyluk, Kr. Samoteczyn (Mitglied, Stellvertreter).
10. Bankdirektor Tadäusz Bialasial in Samoteczyn für den Bezirk 36.
11. Grundbesitzer Wojciech Byski aus Lewkowo, Kreis Ostrowo (Mitglied).
12. Eisenbahnrat Alfred Van Roga in Ostrowo (Stellvertreter für den Bezirk 37).

Erhöhung der Ruhegehälter.

Warschau, 27. August. In der letzten Sitzung des Ministerrats wurde beschlossen, die Ruhegehälter der Staatspensionäre um 50 Prozent zu erhöhen, wobei die außerordentlichen Zulagen, die ihnen zweimal in Höhe von 7000 M. und 14000 M. bewilligt wurden, in Höhe von 7000 M. und 14000 M. bewilligt werden sollen. Da gewisse Pensionäre bei der 50prozentigen Erhöhung des Ruhegehalts, falls ihnen die außerordentlichen Zulagen gekürzt werden, weniger erhalten würden, als ihnen bisher gezahlt wurde, erklärt der Finanzminister, daß durch die 50prozent. Erhöhung die Zulage der Pensionäre jetzt nicht geringer werden sollen, als sie bis jetzt waren.

Der Güterverkehr mit Deutschland.

Auf eine Intervention der Posener Industrie- und Handelskammer auf Forderung sämtlicher polnischer deutschen Grenzstationen hat die Kammer des Eisenbahnministeriums den Bescheid erteilt, daß diese Frage Gegenstand der in Warschau stattfindenden polnisch-

deutschen Verhandlungen war. Die Vertreter der beiden Regierungen erklärten sich damit einverstanden, daß die Eisenbahnübergänge zwischen Polen und Deutschland für den Nachbarverkehr in kürzester Zeit geöffnet werden sollen. Im Zusammenhange damit sind die entsprechenden Eisenbahndirektionen unter Beteiligung der Zoll- und Passämter bereits in Beratungen getreten über die Ausarbeitung eines grundsätzlichen Eisenbahnabkommens über den Grenzverkehr, worauf dann die Verträge abgeschlossen werden sollen. Die Eröffnung des Nachbarverkehrs mit Deutschland wird zu einem geeigneten Zeitpunkte bekanntgegeben werden.

Der „Gazeta Poznańska“ zufolge sind in Osteuropa wichtige Veränderungen zu erwarten. Die Veränderungen sollen erfolgen im Einverständnis mit der jugoslawischen Regierung und der Tschechoslowakei. Die Frage wird in Prag besprochen werden und, wie es heißt, soll sich Rumänien und Polen mit den beabsichtigten Veränderungen einverstanden erklärt haben.

Deutsches Reich.

Oberschlesien will bei Preußen bleiben.

Mit Ausnahme der Kommunisten veröffentlichten heute sämtliche deutschen Parteien Oberschlesiens einen Aufruf, in dem sie auf den Abstimmungstag hinweisen und dann erklären, die Parteien, die in dem großen Abstimmungskampf einig und fest zusammengestanden hatten, um Oberschlesien dem Deutschen Reich zu erhalten, auch angesichts der bevorstehenden Abstimmung über die Landesautonomie eine einmütige Parole auszusprechen, und zwar: Wir stimmen dafür, daß Oberschlesien preussische Provinz bleiben soll.

In diesem Aufrufe wird dann weiter darauf hingewiesen, daß alle Bedenken gegen das Verbleiben Oberschlesiens bei Preußen durch das Gesetz vom 11. Juni d. J. betreffend die erweiterte Provinzialautonomie beseitigt sind. Damit kann eine Mehrheit für den Verbleib bei Preußen als gesichert gelten. Die polnische Propaganda für eine Autonomie ist zwar laut, aber ohne Erfolg, da die schlechte wirtschaftliche Lage in Polnisch-Oberschlesien der polnischen Agitation jeden Boden entzieht.

Teilweise Aufhebung der Retorsionen.

Die Zeitungsmedien über die teilweise Aufhebung der französischen Retorsionsmaßnahmen werden durch eine der deutschen Regierung zugegangene amtliche Mitteilung der Berliner französischen Botschaft nunmehr bestätigt. Danach werden einstweilen neue Massenausweisungen von deutschen Einwohnern Elsaß-Lothringens nicht mehr erfolgen. Die Sequestrierung der Güter der Vertriebenen ist aufgehoben. Auch die deutschen Guthaben sind wieder freigegeben. Die Aufhebung der weiteren Retorsionsmaßnahmen wird für den Fall der Zahlung der restlichen Ausgleichssumme in Aussicht gestellt. Gleichzeitig schlägt die französische Regierung vor, in Verhandlungen über den Abschluß eines der Reparationskommission zu unterbreitenden deutsch-französischen Abkommens über eine endgültige Regelung der Ausgleichszahlungen einzutreten. Die Bereitwilligkeit hierzu ist der französischen Botschaft erklärt.

Deutsche Delegierte für die Reparationskommission angefordert.

Die Reparationskommission, an deren Zusammensetzung sämtliche Delegierte und Berater Frankreichs, Englands, Italiens und Belgiens sowie der inoffizielle amerikanische Botschafter teilnahmen, gab folgendes Communiqué an die Presse heraus:

Die Kommission ist der Auffassung, daß sie über das von der deutschen Regierung am 12. Juli eingereichte Stundungsgesuch nicht vor dem kommenden Mittwoch eine Entscheidung treffen kann. Die Kommission hat die Reichsregierung darüber verständigt, daß sie geneigt ist, im Laufe des Mittwochs bevollmächtigte deutsche Vertreter anzuhören, falls die deutsche Regierung von dem in Artikel 234 des Versailler Friedensvertrages stipulierten Rechte, ihrer Meinung zu äußern, Gebrauch machen will.

Der Beschluß ist einstimmig erfolgt. Die allseits gewünschte Entscheidung dürfte Mittwochabend zu erwarten sein, falls die deutschen Vertreter, als sie man in Paris Dr. Hermes und Bergmann bezeichnet, am Dienstag mit der Reparationskommission in Verhandlungen eintreten.

Montag früh 10 Uhr findet in Berlin eine Chefbesprechung der Reichsregierung unter Vorsitz des Reichskanzlers statt, in der über die eingegangene Mitteilung der Reparationskommission beraten und wegen der Entsendung der Delegierten und der ihnen mitzugeben den Instruktionen Bescheid gefaßt wird. Unter den Delegierten befinden sich, wie es heißt, jedenfalls die Staatssekretäre Schröder und Bergmann. Über die weiteren Mitteilungen der deutschen Abordnung ist vor der Chefbesprechung noch keine Feststellung erfolgt.

Aus anderen Ländern.

Wahlen zum litauischen Landtag.

Der Vorsitzende der Verfassungsgebenden Volksversammlung Vitautas Stulginski, hat im litauischen Reichstagsblatt ein Dekret veröffentlicht, wonach die Session der litauischen Konstituante für geteilte Landtage Vitautas finden am Dienstag und Mittwoch der zweiten Oktoberwoche statt. Die Deutschen Vitautas stellen eine Liste von drei Kandidaten auf. Infolge des Fehlens einer deutschen Presse in Litauen gestaltet sich die deutsche Wahlagitiation sehr schwierig.

Italien und die kleine Entente.

In Belgrad wurde folgendes amtliche Communiqué ausgegeben: Angesichts der verschiedenen Gerüchte beauftragte der italienische Minister des Äußeren Schanzer den belgradischen Geschäftsträger Italiens, vor dem jugoslawischen Minister des Äußeren Nincies zu erklären, die italienische Regierung auf dem Standpunkt stehend, die Friedensverträge von St. Germain und Trianon müssen strikte angewendet werden. Ebenso wünsche die italienische Regierung auf der Basis des Vertrages von Rapallo in sehr engem Kontakt mit den Staaten der kleinen Entente, besonders mit Jugoslawien zu sein, selbst in dem Falle, daß die Unternehmung gewisser Maßnahmen oder die Ausführung einer von den Ereignissen diktierten Aktion notwendig die Zentralen Europas zu föhren, auszuweichen. Nincies äußerte die volle Übereinstimmung der jugoslawischen Regierung mit den Ansichten des italienischen Ministers des Äußeren.

Barrikadenkämpfe in Le Havre.

Anläßlich des Streiks der Hafenarbeiter hatte sich von 1.50 Uhr an in Le Havre eine richtige zweitägige Barrikaden- und Gewehrfeuerabspielung abgespielt. Drei Zivilpersonen wurden getötet, 17 Genarmen und 20 Zivilpersonen verletzt. 50 Verhaftungen wurden vorgenommen. Über die Stadt wurde der Belagerungsstand verhängt. Die Streikenden warfen Schutzeisen auf, sähten Bäume und befestigten ihre Barrikaden.

Achtung, deutsche Wähler!

Wer ist wahlberechtigt für den Sejm?

Wahlberechtigt für den Sejm ist jeder Bürger des polnischen Freistaates, ohne Unterschied des Geschlechtes, der am 18. August 1922 21 Jahre alt war.

Jeder Wähler darf nur in dem Wahlkreis wählen, in dem er wenigstens seit dem 17. August 1922 wohnt. Seine Stimme darf er nur persönlich abgeben und nur in dem Stimmbezirk, in den er eingeschrieben worden ist.

Wer ist nicht wahlberechtigt für den Sejm?

Das Wahlrecht steht nicht zu Personen:

1. Die ganz oder teilweise der Selbstbestimmung beraubt sind, ebenso nicht den bankerotten Schuldner, für die Zeit der Dauer dieses Zustandes, denen kraft einer gerichtlichen Entscheidung die väterliche (ersterliche) Gewalt genommen ist für die Zeitdauer dieses Zustandes, die rechtskräftig durch ein Gerichtsurteil bestraft sind, wenn zugleich die Stellung (bzw. die Zulässigkeit der Stellung) unter Polizeiaufsicht oder Unterbringung in einem Arbeits Hause ausgesprochen worden ist, für die Zeitdauer der Polizeiaufsicht oder des Aufenthaltes im Arbeits Hause, jedenfalls 3 Jahre lang nach Rechtskräftigwerden des Urteils, sofern nicht im Sinne anderer Vorschriften der Verlust der Wahlrechte sich auf längere Zeit erstreckt.

Außerdem steht das Wahlrecht im früheren preussischen Teilgebiet nicht zu:

2. den Personen, denen durch rechtskräftiges gerichtliches Urteil die bürgerlichen Ehrenrechte genommen sind, und zwar für die Dauer dieses Zustandes, den Personen, die rechtskräftig verurteilt sind wegen Diebstahls und Veruntreuung (Teil 19 des im fr. preuß. Teilgebiet gültigen Strafgesetzbuches), wegen Betrugs und Unehrllichkeit (Teil 2 Kapitel 12 des Strafgesetzbuches), wegen wucherischer Ausbeutung, Kuppelerei, und desgl., wegen Verbrechen und Übertretung, die sich auf Ausübung der bürgerlichen Rechte beziehen, (Teil 2 Kapitel 5 des Strafgesetzbuches) ebenso wegen Vergehens, die vorgesehen sind im Dekret vom 2. Mai 1919 über die Strafbestimmungen für Verhinderung der Wahlen zum Sejm und Verhinderung der Ausübung der Abgeordnetenpflichten (Tsg. urz. Poznański Nr. 11 poz. 49) und zwar in Ermangelung anderer rechtlicher Vorschriften für einen Zeitraum von 3 Jahren nach Verbüßung der Strafe.

Wer ist als Sejmabgeordneter wählbar?

Wählbar für den Sejm ist jeder wahlberechtigte Bürger des polnischen Staates, der bis zum 18. August 1922 25 Jahr alt geworden ist. In fraglichen Fällen entscheidet ausschließlich das höchste Gericht.

Hauptwahlausschuß der Landesvereinigung des Deutschtumsbundes,

20. stycznia 20. r. Nr 37.

Fernruf 1919 und 1611.

Lesen!

Ausschneiden!

Aufheben!

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 28. August.

§ Wertpapiere von 20 000 Mark an. Wie der „Przeglad Wiczyorny“ erfährt, werden mit dem 1. September Papiere ohne Wertangabe und Papiere mit einem Wert bis zu 20 000 Mark bei der Aufgabe im inneren Verkehr sowie im Verkehr mit Polnisch-Oberschlesien als gewöhnliche Papiere betrachtet. Papiere mit einer Wertangabe von über 20 000 Mark werden als Wertpapiere angesehen. Diese Verordnung gilt für das ganze Gebiet der Republik Polen sowie im Verkehr mit dem polnischen Teil Oberschlesiens.

§ Am heutigen Viehmarkt war folgender Auftrieb: 610 Pferde, 185 Stück Rindvieh (hauptsächlich Kühe), 50 Ziegen. Es wurden folgende Preise bezahlt: für gute Arbeitspferde 300 000—500 000 Mark, für mittlere Milchkuhe 200 000 bis 250 000 Mark, für Milchziegen 12 000—15 000 Mark.

§ Mutmaßlicher Golddiebstahl. Die Schneidemühle von Weynerowski, Promenadenstraße (Promenada), wurde kürzlich von einem Herrn beauftragt, für ihn auf dem Wasserwege herbeigekaufenes Gold zu zerschneiden. Bei der Ausführung dieser Arbeit wurde bemerkt, daß die Stämme verschiedene Zeichen trugen. Weitere Ermittlungen ergaben, daß das Gold aller Wahrscheinlichkeit nach aus Diebstählen herrührt. Die Zeichnungen befinden sich in verschiedenen Buchstaben. Etwaige Geschädigte können sich auf der Kriminalpolizei, Zimmer 71, melden.

§ Ein ungehobener Dienstkote. Kürzlich kamen zu dem Gutsherrn Herrlein in Brahmenünde drei Damen zu Besuch, die ihre Sachen in Reisekörben mit sich führten. Aus diesen Körben hat nun das Dienstmädchen Antonina Kobozna bares Geld in der Höhe von 56 000 Mark entwendet. Der Diebstahl wurde glücklicherweise bald bemerkt. Für einen Teil des geraubten Geldes hatte sich die Diebin bereits verschiedene Sachen angeschafft.

§ Diebstahl. In der Nacht zum Montag wurde dem Landwirt Richard Schallhorn aus Palez bei Gordon zwei braune Stuten aus seinem Stall gestohlen. Die Pferde waren 1,61 Meter groß, 10 Jahre alt und mit einem etwa handgroßen eingetragenen Zeichen auf der linken Hüfte versehen. Außerdem nahmen die Diebe zwei neue Arbeits- und ein Aufschlagschiff sowie andere Sachen mit sich. Der Verlorene hat eine Belohnung von 200 000 Mark für die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

§ Diebstahl. Der Frau Emma Bierus, Brenkenhoffstraße (Bocianowo) 8, wurden in den letzten Nächten zwei Zentner Obst von unbekannten Tätern gestohlen. — In der Nacht zum 25. d. M. ist von dem Hause Burgstraße (ulica Grodzka) 15/16 ein eiserner Kellerrost gestohlen worden.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Bromberger Sängerbund. Mittwoch, Übungsabend. Vollständiges Erscheinen aller Sänger unbedingt erforderlich. Benefizabend im Bl.-Va.-Bo. Heute, Dienstag, 29. d. M., findet in den neu hochdekorativen renovierten Räumen des Kabarett Bl.-Va.-Bo ein Ehrenabend für die hier von früher her bestbekannte, beliebte Operetten- und Piederlängerin Guta Wessalowna statt. Die Künstlerin wird anläßlich des Abends wieder in polnischer und deutscher Sprache zum Vortrag bringen. Außerdem werden andere Künstler als Gäste zur Verschönerung des Abends beitragen. Wir hoffen, daß der Besuch an dem Ehrenabend der Künstlerin recht zahlreich sein wird. (18 274)

* Namisch, 25. August. Die Folgen des unglückseligen Bandarbeiterstreiks machen sich auch hier höchst unangenehm fühlbar, indem der Preis für ein Bierpundbrot von 400 auf 500 Mark erhöht worden ist. Leider ist mit einem weiteren Steigen des Brotpreises zu rechnen. — Das Alkoholverbot, das durch Polizeiverfügung vom 8. d. M. erlassen worden war, ist durch polizeiliche Bekanntmachung vom 19. d. M. wieder aufgehoben worden.

Aus dem Gerichtssaale.

* Scheckfälschung „aus Notwehr“. Eine unter Umständen ungewöhnlichen Umständen zustande gekommene Urkundenfälschung beschäftigte die Gerichtskammer des Landgerichts III Berlin. Ein Apotheker hatte durch zwei Mittelspersonen, einen Studenten und einen Kellner, aus dem besetzten Gebiet gewisse Medikamente bezogen, die oft zu hohen Preisen im Schleichhandel vertrieben werden. Da sein Abnehmer die Ware beanstandete, verweigerte der Apotheker die Bezahlung. Die beiden Vermittler, die dadurch ihre Provision gefährdet glaubten, besetzten nun, zusammen mit einem ins Vertrauen gezogenen Bekannten, die Tür des Hauses, in dem der Apotheker wohnte, um diesen zur Zahlung der Summe zu zwingen. Der Schuldner hatte aber von der Anwesenheit der drei Wind bekommen und steckte einen Scheck über 100 000 Mark zu sich, den er mit einem fingierten Namen unterschrieben hatte. Als die Gläubiger ihn dann auf der Straße „pfänden“ wollten, übergab er ihnen den Scheck, mit dem die drei vergnügt abzogen. Am anderen Tage versuchten sie den Scheck einzulösen, wurden jedoch verhaftet, da man sie für Fälscher hielt. Im weiteren Verlauf der Sache wurde dann der Apotheker unter Anklage gestellt, und der Staatsanwalt beantragte gegen ihn vier Monate Gefängnis, während der Vertretiger geltend machte, daß sein Klient im Notwehr gehandelt habe. Im übrigen sei der Scheck gegen den Willen des Angeklagten in andere Hände gelangt. Das Gericht war der Ansicht, daß der Angeklagte die Vorlegung des Schecks bei der Bank unter allen Umständen hätte verhindern müssen, erkannte aber nur auf einen Tag Gefängnis, da die ganze Sachlage weitgehende Milder rechtfertige.

Wasserstandsberichte.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 27. August bei Thorn + 0,94, Gordon + 0,51, Culm + 0,51, Graudenz + 0,68, Kurzebrack + 0,98, Pielitz + 0,43, Dirschau + 0,54, Einlage + 2,94, Schiemenhorst + 2,60, Marienburg, Volksdorf, Anwalds — Meter. Zandvoort am 27. August + 0,96 Meter. Krakau am 27. August — 0,72 Meter. Warschau am 27. August — 0,98 Meter. Ploet am 27. August — Meter.

Hauptkassier: Gotthold Starke; verantwortlich für Politik: Johannes Kruse; für „Stadt und Land“ und den anderen redaktionellen Teil: E. Emil Rapmund; für Anzeigen und Kellamen: E. Praggodski; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf daselbe beziehen zu wollen.

Bromberg, Mittwoch den 30. August 1922.

Pommerellen.

29. August.

Graudenz (Grudziadz).

* **Klavierabend Rulicki.** Am Sonnabend, 2. September, abends 8 Uhr, veranstaltet unser einheimischer Pianist Herr Hugo Rulicki seinen ersten öffentlichen Klavierabend im Gemeindefeierhaus. Aus der Schule des Musikdirektors Willy Elst hat hervorgegangen, hat der junge talentvolle Pianist schon zu wiederholten Malen seine Kunst in den Dienst musikalischer Veranstaltungen stellen können. Er wird Klavierkompositionen von Bach (Ftal. Konzert), Beethoven (Sonate), Schubert (Bändner-Fantasie) und Chopin (Impromptu) spielen. Ihm zur Seite haben sich zwei gereifte Künstler, die Berliner Violinkünstlerin Frau Margarete Osman und Musikdirektor Elst gestellt, welche gemeinsam die Frühlings-Sonate von Beethoven, ein Nocturne von Chopin und Sarasates feurige „Zigeunerweisen“ vortragen werden. (Näheres s. die Inserate in dieser Stg.)

* **Aus dem Kreise Culm, 28. August.** Das ca. 1100 Morgen große Gut Klinkau, dem Major Piesad gehörig, ist in polnische Hände übergegangen. Die Übernahme hat bereits stattgefunden. Herr P. hat seinen Wohnsitz nach Sopot verlegt. Sein Fortzug wird allgemein bedauert, da er mit an den tüchtigsten Landwirten des Kreises gehörte.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* **Warschau, 27. August.** Ein schreckliches Verbrechen wurde im Hause Nr. 6 an der Dalekstraße aufgedeckt. Dort wohnte der Tischler Jan Niemczak mit seiner Frau Josefa und zwei Kindern. Die Eheleute lebten in Unfrieden. Bereits vor einem Monat versuchte Niemczak seine Frau umzubringen, indem er irgendein Gift in die Suppe schüttete. Am 11. d. M. ist Frau Niemczak auf rätselhafte Weise verschwunden. Nach längerem Suchen fand man im Keller der Wohnung einige Körperteile der Frau Niemczak in der Erde vergraben. Nun liegt Niemczak ein Geständnis ab. Er gestand, seine Frau nach einem Streite erwürgt und hierauf die Leiche mit einem Hackmesser zerstückt zu haben. Die übrigen Körperteile hat er in einer unweit des Hauses gelegenen Behälter vergraben. Der Mörder wurde im Untersuchungsgefängnis interniert. Niemczak hatte, wie festgestellt wurde, eine Geliebte in Pustusk, die ihm letzten einen Brief folgenden Inhalts geschrieben hat: „Janek, schreibe mir, wann Du mit ihr ein Ende machen wirst.“ — Der Angeklagte des Konsumvereins der Tramwayangehörigen „Prad“, Stanislaw Jastrzebski, wurde dieser Tage von dem Handelsleiter dieses Konsumvereins Witold Kalkowski entlassen. Am Donnerstag mittags fand mit Jastrzebski die Abrechnung statt. Nach Schluss derselben zog Jastrzebski plötzlich einen Revolver und feuerte auf den nichtwahnenden Kalkowski einen Schuss ab, durch den er auf der Stelle getötet wurde. Jastrzebski wurde verhaftet.

Polnisch-Oberschlesien.

* **Myślówitz, 28. August.** Von seiner Geliebten ermordet wurde der Zollbeamte W. Bugajski hierseits. Durch die neunjährige Tochter der Mörderin werden folgende Einzelheiten über die grausige Tat bekannt: Die Geliebte des Bugajski, eine von ihrem Manne getrennt lebende Frau Emilia Borownik aus Myślówitz in Polen, die aber allgemein für Bugajskis Frau gehalten wurde, erschlug ihr im Bett schlafendes Opfer frühmorgens mit einer Art, warf dann die Leiche aus dem Bett und hatte ihr mit der Art den Kopf und den ganzen Leib auf. Darauf verschloß sie die Wohnung und reiste mit ihrem Pflöge-töchterchen Melanja, das Augenzug der Bluttat war, zu ihrem Manne, der sie aber abwieß. Darauf schickte sie das Mädchen mit der Bahn zu einer bekannten Familie nach Myślówitz. Erst nach ihrem Erscheinen erfuhr die Polizei von der Tat. Den Auslagen des Mädchens nach hat sich die Mörderin nach Warschau oder Glogowien gewandt.

Aus den deutschen Nachbargebieten.

* **Königsberg, 26. August.** Die Königsberger Oper ist wieder einmal in ihrem Bestande unsicher geworden. Ihre Mitglieder haben erklärt, daß es ihnen unmöglich ist, mit den gegenwärtigen Gehältern auszukommen. Daß die Direktion der Oper außerstande ist, weitere Teuerungszuschüsse zu bewilligen, haben die Opernmitglieder eluge-sehen. Sie haben daher einen Appell an das Publikum gerichtet, freiwillig sich an einer Erhöhung der Eintrittspreise zu beteiligen, damit an dieser Mehreinnahme eine Aufbesserung der Gehälter erfolgen kann.

* **Aus Ostpreußen, 25. August.** Zusammenschluß der Hotelbesitzer Ostpreußens. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der letzten Zeit, die schon eine große Zahl von Hotelbesitzern zur Schließung der Betriebe gezwungen hat, führte im Hotel „Deutscher Hof“ in Insterburg fast alle Hotelbesitzer der Provinz zusammen. Es wurde beschlossen, einen Verband der Hotelbesitzer Ostpreußens zu gründen, dessen Hauptzweck die Gewährleistung eines einheitlichen Vorgehens der Gastgastgeber in wirtschaftlichen Fragen ist. — Die Elektrizitätsversorgung Ostpreußens. Der Kreistag des Landkreises Königsberg stimmte dem Entwurf über die Beteiligung des Kreises an einer zu gründenden Gesellschaft m. b. H. behufs Elektrifizierung des Kreises zu. Zur Durchführung der Versorgung soll aus neun Kreisen des Regierungsbezirk Königsberg (Fischhausen, Königsberg-Land, Labiau, Wehlau, Heiligenbeil, Pr.-Enlau, Friedland, Gerdaun, Rastenburg) eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Königsberg unter der Firma „Überlandwerk Königsberg Pr. G. m. b. H.“ gebildet werden. Die Elektrizitätsversorgung soll künftig in folgender Weise durchgeführt werden: Das Ostpreußenwerk übernimmt die Anlage der Kraftwerke und Stromerzeugung und die Herstellung der 60 000-Volt-Leitungen und den Stromverkauf an die in der Provinz durch einen Zusammenschluß der Kreise als G. m. b. H. zu gründenden Überlandwerke, die die 15 000-Volt-Leitungen an bauen haben und den vom Ostpreußenwerk gekauften Strom an

die Einzelabnehmer und die für die Einzelversorgung einzurichtenden genossenschaftlichen und gemeindlichen Organisationen zu verkaufen haben. Nach dem Entwurf des zur Durchführung notwendigen Syndikatsvertrages soll der Kreis Königsberg als Stammeinlage 4,5 Millionen Mark, das Ostpreußenwerk ein Viertel dieser Summe übernehmen.

* **Stettin, 25. August.** Im Dusebad Misdron wurde der Geschäftsführer Wilhelm Göbe in den Dänen erschossen aufgefunden. Dem Ermordeten ist eine Brief-tasche mit 25 000 Mark geraubt worden. Von den Mördern fehlt jede Spur. — Ein bestialischer Mord an einem 20-jährigen Knaben getötet hatte. Göbe war Schwere-kriegsbeschädigter. Infolge einer schweren Kopfverletzung war er geistig nicht normal. Wiederholt versuchte er, seinem Leben durch Erhängen ein Ende zu machen, seine Frau hat ihn aber jedesmal wieder vom Strick befreien können. Am letzten Sonntag bekam Göbe wieder einen Anfall, und nur mit Mühe wurde der Töblichkeit überwältigt und nach dem Krankenhaus geschafft. Wahrscheinlich ist Göbe aus dem Krankenhaus vorzeitig entlassen worden, so daß er die un-selige Tat ausführen konnte.

* **Gleiwitz, 25. August.** Schreckensstat eines Irrenjüngers. Der frühere Möbelpacker Ernst Haiske aus Rattowitz, der in Gleiwitz im Flüchtlingslager untergebracht war, hat sich erschossen, nachdem er vorher seinen dreijährigen Knaben getötet hatte. Haiske war Schwere-kriegsbeschädigter. Infolge einer schweren Kopfverletzung war er geistig nicht normal. Wiederholt versuchte er, seinem Leben durch Erhängen ein Ende zu machen, seine Frau hat ihn aber jedesmal wieder vom Strick befreien können. Am letzten Sonntag bekam Haiske wieder einen Anfall, und nur mit Mühe wurde der Töblichkeit überwältigt und nach dem Krankenhaus geschafft. Wahrscheinlich ist Haiske aus dem Krankenhaus vorzeitig entlassen worden, so daß er die un-selige Tat ausführen konnte.

Aus der Freistadt Danzig.

* **Danzig, 25. August.** Ein Notgesetz zur Sicherstellung der Zuckerversorgung ist vom Danziger Volkstag beschlossen worden. Danach sind für den Bedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung im Jahre 1922 40 000 Zentner Zucker sicherzustellen. Zu diesem Zwecke wird der im Gebiete der Freien Stadt Danzig vorhandene Zucker beschlagnahmt. Allen natürlichen und juristischen Personen wird verboten, über den beschlagnahmten Zucker zu verfügen, insbesondere ihn zu veräußern, oder aus dem Besitz oder Gewahrsam zu entfernen, in dem er sich befindet. Die Ausfuhr von Zucker ist verboten. Von der Beschlagnahme befreit sind Mengen bis zu drei Zentnern, die sich im Besitz oder Gewahrsam einzelner Personen befinden. Von der Beschlagnahme ausgenommen ist ferner derjenige Zucker, der nachweislich aus dem Auslande gekommen ist oder kommt, um ausgeführt zu werden. Inländischer Zucker darf in Zuckerfabriken, Zuckerraffinerien, Süßwarenfabriken und Zuckerraffinerien nicht verarbeitet werden.

* **Danzig, 24. August.** Der Tod des Musikwissenschaftlers Prof. Dr. Karl Fuchs ist, wie die „D. Mlg. Stg.“ berichtet, auf einen Unglücksfall zurückzuführen. Der Verstorbene ist einer Gasvergiftung zum Opfer gefallen. Am Mittwochabend hatte er noch, wie gewöhnlich, gearbeitet; am folgenden Morgen fand ihn seine Gattin bewusstlos im Bett. Beim Verlöschen des Gaslichts war infolge eines

Ankauf! Achtung! Verkauf!

von
Herrschaften, Rittergütern, Gütern,
Wassermühlen, Landwirtschaften,
Guthäusern, Fabriken, Villen usw.
kucht und verkauft

A. E. Runze, Oberinspektor a. D.,
Strengste Disziplin! Reelle Bedienung
Größte Güteragentur am Platze!
New York, Chicago, Holland, Schweden,
Dänemark und Deutschland!

Möbel-Transporte

für das In- und Ausland. 8755
Meyer & Sohn, Danzig,
alleiniger Vertreter des internationalen
Möbel-Transports, Danzig.
Vertreter: **W. Kock & Söhne,**
Bydgoszcz, Gdanska 56. — Tel. 410.

Schmirgelleinwand

„Naxos“ und „Kardorund“
Papiere
Glas- „Glaspapier“ Klebe- „Klebpapier“
Schmirgel Original
„Naxos“
Scheiben u. Steine
zum Schleifen
empfehlen Kammandit-Gesellschaft
Saeberle & Co., Grodzisz
bei Warschau.
Vertreter
für die Bezirke: Danzig, Rattowitz, Telschen,
Posen und Lublin
gesucht. 9559

Bulgarische Zigaretten

günstiger größerer Gelegenheitsposten ab Transi-
lager Danzabaten anpreis preiswert zu verkaufen.
Gef. Ant. unter L. 2877 bei Ala-Saatenstein
& Bogler, Berlin SW. 19. 9549

Risten

zugelassene Risten-
teile, auch fertig ge-
nagelt, liefern 9560
Jaskaby Gezelta L. 30.2.
Bydgoszcz, Toruńska 181.
Telefon 350.

J. Pietschmann

Bydgoszcz
Fabrik und Kontor:
Grudziadzka (Jakobstr.) 7/11
Dachpappen- und Teerprodukten-Fabrik
Dachpappe
Klebpappe
Steinkohlenteer
Klebmasse
Bedachungs-Geschäft
Ausführung sämtlicher Dacharbeiten
zu kulantem Bedingungen 6633
Telephon 82

Kunst-Sohlbleiferei

mit elektrischem Betrieb
für chirurgische Instrumente,
Rasiermesser,
Scheren, Haarschneide-Maschinen usw.
Kurt Teske, Mechaniker-Meister,
Polener Platz 3. 8090 Telefon 1296.
Feinstahl-Waren und Rasier-Bedarfsartikel.

Oberchl. Steintohlen

jeder Gattung, 8628
Oberschl. Hüttensteins
empfehlen waggonweise, schnellstens lieferbar
Carl Feyerabend,
Begr. 1869. Pommersche 38. Telefon 65.

Danziger Bank- und Handelsgesellschaft

Aktiengesellschaft

Danzig, Heumarkt 4.

Fernsprecher Nr. 1972, 1451 u. 6010.

Reichsbank-Giro-Konto.

Postscheck-Konto Danzig Nr. 7738.

Die Pommerellischen Züchter-Vereinigungen in Toruń

veranstalten
am 22. September d. J., um 10 Uhr vorm.,
auf dem

städtischen Schlachthofe in Grudziadz

Zuchtvieh- und Schweine-Auktion

in Verbindung mit einer Prämierung.
Zur Auktion gelangen Zuchtbullen mit voller Abstammung,
Rühe und Färsen des schwarzbunten Niederungschlages, sowie
Eber und Sauen der weißen englischen Rasse (Yorkshire).
Kataloge werden auf Wunsch den Interessenten eingeliefert
von der Geschäftsstelle der Pommer. Herdbuchgesellschaft Toruń,
Gieniewicza 40, und werden am Tage der Auktion am Eingange
zum Auktionsplatz erhältlich sein. 9528

Gleichstrom- und Drehstrom-Motoren

stets am Lager
Glühlampen und Installations-Material
Wilh. Buchholz, Ingenieur
Bydgoszcz, Danzigerstraße 150 a.
Gegründet 1907 7886
Ausführung elektrischer Licht- und Kraftanlagen.

Schmiedefohlen

liefern waggonweise sowie in jeder Menge ab Lager u. frei Haus
Barpart & Zieliński,
Bydgoszcz-Steile, Berlinstraße 100. Telefon 1330.

Pianino

(Klavier, Marke Wolken-
hauer), Farbe hell, ferner
einen gut erhaltenen gr.
Leppich, 1 gute Geige
mit Handläsen, 1 Stü-
badewanne m. Heizung
und einen gr. hübschen
Spiegel mit Konsole.
Näheres brieflich. Um
Preisgebote bitten
P. Schmidt,
Abbau Goltzahn, pow.
Tucholski, Pommerellen.

Bernhardiner

und jungen, wachamen

Schäferhund

Gräfin Alvensleben,
Głuchowo b. Chelmza. 9532

Graudenz.

Sonnabend, d. 2. Sept.,
8 Uhr abends

Klavierabend

Rulicki.
Mitwirkende:
die Berliner Violinkünst-
lerin Frau Margarete
Osman, Musikdirektor
Willy Elst (am Flügel).

Programm:
Bach, Beethoven, Schubert
Chopin, Sarajate.
Karten bei Friede:
Roge 500 Mk., I. Saalplatz
400 Mk., II. Saalplatz 300
Mk., Schüler u. Stehplatz
200 Mk., dazu Steuer.
Im Anschluss an d. Kon-
zert im klein. Saal interne
musikalische Soirée (ge-
schlossene Gesellschaft), zu
der den Konzertscheitern
in der Vorverkaufsstelle
Karten in beschränkter
Zahl kostenlos zur
Verfügung stehen. 9562

Versehung anscheinend der Gashahn nicht völlig geschlossen worden. — Im Danziger Straßenbild war die jedem bekannte Gestalt des „alten Fuchs“ eine charakteristische und beliebte Erscheinung. Als Künstler hat Karl Fuchs einen bornenwollen, an Enttäuschungen, aber schließlich auch an großen Erfolgen reichen Weg hinter sich. In seiner Jugend hat er mit Sorgen und Entbehrungen zu kämpfen gehabt. Doch hatte er auch schon damals Freunde und Gönner, die — wie Franz v. Liszt — sich des armen begabten Künstlers annahmen. Seit 1879 lebte er als Klavierlehrer in Danzig und wurde einige Jahre später Musikreferent der „Danziger Zeitung“. 1870 promovierte er zum Dr. phil., und im Jahre 1907 erhielt er den Professortitel. Seine künstlerischen Leistungen wurden durch den nahen Verkehr mit Männern wie Richard Wagner, Hans v. Bülow und Franz Liszt gefördert. Neben seiner außerordentlich vielseitigen musikalischen Tätigkeit, die seinem Namen in der gesamten deutschen Musikwelt ehrenvollen Ruf eingetragen hatte, beschäftigte der Versorbene sich auch mit literarischen Arbeiten historischer und philosophischer Charakter.

* Danzig, 26. August. Nächtl. Schmutz. Beamten der Schutzpolizei gelang es, drei Männer der Verletzung des Dampfers „Sufanna“ zu fassen, als sie nachts das Schiff mit 25 Kilogramm Rohkaffee verlassen wollten. Als Abnehmer des Kaffees konnte ein Bohrer R. ermittelt werden. Eine bei diesem vorgenommene Hausdurchsuchung brachte noch 60 Kilogramm Rohkaffee und 25 Küchenmesser im Gesamtwerte von 26 500 Mark zutage. Sämtliche Täter wurden dem Polizeigefängnis anvertraut. — Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich in Paltschau a. d. Weichsel ereignet. Gasthofbesitzer Christian Mohr wurde auf der Palkshauer Fähre beim Werken der Beine in die Weichsel gerissen. Auf der Fähre befanden sich noch zwei seiner Nachbarn, von denen der eine sofort in die Weichsel sprang und den mit den Wellen kämpfenden zu retten versuchte. Leider war das nicht mehr möglich; Mohr sank in die Tiefe und wurde von dem starken Strome fortgerissen. Seine Leiche wurde in Rotenburg von zwei Arbeitern geborgen. — In Zoppot höchste Besuchsziffer unter den Ostseebädern. 16816 Badegäste sind für Zoppot gemeldet. Zoppot weist damit die höchste Besuchsziffer unter allen Ostseebädern auf.

Politik des Erdöls.

Von Dr. Karl Hoffmann, Berlin.

II.

Mit erheblichem Aufwand an politischer Reklame wurde nach der Konferenz von Washington von einem „Frieden“ geredet. Trotz der Beilegung verschiedener Teilkonflikte, die in Washington hinter verschlossenen Türen geschieden sein soll, ist aber die Frage in Persien und Mesopotamien nicht eindeutig gelöst, sondern im besten Falle nur beiseite geschoben. In Mexiko war es schon früher zu einer flachen Gefährdung unternehmerischer Spannungen gekommen, wobei die nervöse Aufregtheit insgeheim weiter zittert. Und daß auch der Gemeiner Streit wegen der Konzeptionen in den südrussischen Feldern sich mit dem Raumgedanken britischer Diplomatie in naher Verwandtschaft befindet, liegt offen zu Tage. Die Interna sprechen dafür, daß damals der belgisch-französische Vorstoß gegen die englischen Bestrebungen gleichsam im Auftrage der Standardpolitik geführt worden ist. Der Streitfall von Gemma bedeutet nichts anderes als einen Teilvorgang des gewaltigen raumwirtschaftlichen Ringens der amerikanischen und englischen Gruppe, soweit dieses auf seiten der alten Welt in dem westasiatisch-südosteuropäischen Verflechtungskomplex der Erde tiefe sich schneidet und drängt.

Denn im Jahre 1920 hatte es die Standard Oil anzuwege gebracht, daß die bekannte Nobelgesellschaft, die im kaspischen Gebiete seit altersher dominiert, heimlich „zu gleichen Teilen in den gemeinsamen Besitz überging“, während dort die Shellgruppe schon vor dem Kriege mit Teilgesellschaften und Gesellschaften eingestiegen war, die sie bei der unklaren Lage der Nachkriegszeit zu erweitern verstand. An den Verhältnissen der Vorkriegszeit gemessen, würde der ältere Besitz der Shell etwa 30 Prozent und die Nobelgesellschaft etwa 40 Prozent der südrussischen Rohölgewinnung zu kontrollieren haben. Auf eine vertragstechnische Auswertung dieser überwiegenden Gerechtsame und nicht auf französische oder belgische Sonderinteressen, die in den weltwirtschaftspolitischen Maßstäben der eigentlichen Ölkämpfe bedeutungslos sind, kam es in der Hauptsache an. (Nur in der gallischen Erzeugung ist die Stellung Frankreichs auf Grund des Rappha-Abkommens in der polnisch-französischen Wirtschaftskonvention vom 6. Februar 1922 beachtlich.) Die Genußer Verhandlungen wurden im Haag weitergeführt und sollen auf einer besonderen Petroleumkonferenz, nach neueren Meldungen im September, fortgesetzt werden. Es ist möglich, daß man dann zu einer „Verständigung“ kommt. Eine solche Verständigung würde aber nicht der geringste Beweis eines allgemeinen „Friedens“ sein. Eher wäre sie eine mehr theoretische Erklärung zum Zwecke eines Aufschubs im Sinne praktischer Politik zu bewerten, da gerade die südrussische Ölfrage in ihrer wirtschaftlichen Forderung einen solchen praktischen Aufschub nahelegen könnte und ohne Schaden für die politische Gewichtsverteilung der anderen verträge. Durch ihre Behandlung nach den Räteprinzipien liegt die kaspische Ölindustrie jetzt darnieder, so daß ihre Wiederherstellung auf den Grad von 1917 nach der Meinung eines englischen Sachkundigen ungefähr fünf Jahre verlangt. In Wahrheit fehlt es nicht nur an Arbeitsmaterial, Verkehrseinrichtungen und brauchbaren Arbeitskräften, sondern auch an Wohnräumen und Nahrungsmitteln. Die kaspische Ölfrage ist ihrem wirtschaftlichen Inhalte nach allein durch Petroleumwirtschaft überhaupt nicht zu lösen. Sie gehört zu einem größeren Fragekomplex, in dem die Probleme der Siedelung und Ernährungsfürsorge vorwiegend sind.

Im übrigen bleibt der sogenannte Ölriede von Washington auf eine nebensächliche Rechtsklärung beschränkt, der sich jedoch das persische Parlament — mit dem Ziel gegen England — nachträglich widersetzen zu wollen scheint. Die schwere mesopotamische Frage liegt als Zentralproblem zur Verwirklichung der junda-indisch-westasiatischen Raumidee britischer Diplomatie in der Hauptsache offen. Umgekehrt ist es der Shell Royal-Dutch vor kurzem gelungen, sich selbst auf nordamerikanischem Boden, in Kalifornien und den mittleren Staaten, mit einem besonderen Konzern fester einzunisten, der den Namen Shell Union Oil Corporation erhielt. Die amerikanische Seite macht hiergegen großzügige Anstrengungen, die sich im ersten Stadium befinden.

Alle Beilegungen von Teilkonflikten wären nur Zwischenstationen eines fortgehenden Ringens, das an anderen Stellen immer neu aufsteht. Wenn manches nicht täuscht, so bereitet sich ein größerer Ölkampf in Südamerika vor, und zwar besonders im Norden des Erdteils, in Kolumbien und Venezuela. Im Nordwesten hinter der Karibischen See liegt Mexiko; und durch die gesamte Sphäre, die sich hier ausbreitet, läuft die Schifffahrt des Panamakanals mitten hindurch. Aus einem Ineinandergreifen der nördlich-südamerikanischen und der mexikanischen Fragen entspringt ein karibisches Herrschaftsproblem. Das heißt: im Anschluß an das Verlangen der U. S. A. nach Reservegebieten würden sich die Nebenbuhlerische um die Befestigung und Kontrolle der Kanalschifffahrt und die verkehrsstrategischen Zwischenpunkte des ganzen Antillenraumes zu einer überaus schwierigen Bedeutung verschweigen. Diese Bedeutung gäbe dem vorderasiatischen Zentrum in der

räumlichen Konfliktfähigkeit der Petroleumkämpfe auf der diesseitigen Hemisphäre nichts nach. Denn die karibische Frage gleitet in den panamerikanischen Raumgedanken der Erdölwirtschaft der Vereinigten Staaten hinein; in der panamerikanischen Idee geht sie überhaupt auf. Indem sie zwischen der atlantischen Front der Vereinigten Staaten und dem Stillen Ozean vermittelt, gleitet sie ferner hinaus in mannigfach verästelte Regsamkeiten im pazifischen Erdkreis, die dessen Diversifikation betreffen: die Macht zur Regelung der Atomzüge seines Verkehrs. Die Umwälzungen der karibischen Frage würden sich mit den kalifornischen Dingen verbinden und ihre letzten Wirkungen in Ostasien zeigen.

Gast überall in der Weltpolitik, wo Konfliktherde sind, taucht die Ölfrage auf. Als Angelegenheit der Rohstoffwirtschaft und Produktion ist sie räumlich bedingt, wie sie als Lebensfaktor des machtpolitischen Verkehrsweins — der Kriegsschifffahrt — den technischen Kern zu einer Überwindung des Raumes bedeutet. In der Herrschaft über die Erzeugung von Erdöl spitzt das Streben sich zu der Frage zusammen: wer ist in den nächsten Jahrzehnten die erste Seemacht der Welt? Damit mündet es mittelbar in eine umfangreichere Problematik von angestrebter Tragweite: ein wie wird das britische Reich, dessen Form mit hochmütigem Stolz die Erdkugel wiegt, durch seine schütternde Krise zu einer inneren Umgestaltung gelangen? Oder wird Nordamerika auf den Ozeanen und unter den Angelfischen Englands Erbe antreten?

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verlässlichkeit zugesichert.

Bromberg, 29. August.

Wählerlisten.

Das Bromberger Statistische Amt schreibt uns: Wie es sich herausstellt, haben bis jetzt noch viele Familien das Wählerverzeichnis noch nicht eingeleistet. Wir appellieren noch einmal an sämtliche Bürger, daß sie die Formulare für die Sejmwahlen sofort ausfüllen und unverzüglich beim Statistischen Amt, ul. Grodzka 32, abliefern.

Hat der Hauswirt irgendeiner Familie ein Formular nicht zugestellt, so hat der betr. Bürger als Haushaltungsvorstand sich sofort bei dem Statistischen Amt zu melden, um das Formular in Empfang zu nehmen. Andernfalls ist es ausschließlich Schuld der Interessenten, wenn sie in die Wählerlisten nicht eingetragen werden.

Ferner haben sich unverzüglich im Statistischen Amt alle Personen beiderlei Geschlechts zu melden, die das 19. Lebensjahr vollendet haben und in die Wählerlisten aus irgendeinem Grunde durch den Haushaltungsvorstand nicht eingetragen worden sind, sowie die Personen, die in der Zeit vom 22. bis zum 27. d. M. infolge einer Reise in Bromberg nicht anwesend waren und in das Formular nicht aufgenommen wurden.

Alle diese Personen wollen sofort im Statistischen Amt erscheinen, wo sie gleich in die Wählerliste eingetragen werden. Die Sache ist außerordentlich wichtig und sehr eilig. Elle ist also geboten!

§ Ein Telefonverbindung Bromberg-Warschau. Die Direktion der Posten und Telegraphen hat der Bromberger Industrie- und Handelskammer als Antwort auf die von ihr erhobenen Vorstellungen mitgeteilt, daß der Bau der Telefonleitung Bromberg-Warschau im vollen Gange ist und daß man, falls nicht unvorhergesehene Hindernisse eintreten, erwarten kann, daß die Leitung wahrscheinlich Ende September ihrer Bestimmung wird übergeben werden können.

§ Eine Telefonverbindung mit Deutschland. Auf die zahlreichen und dringenden Vorstellungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer in der Frage einer Telefonverbindung mit Deutschland ist jetzt vom Ministerium der Posten und Telegraphen die Mitteilung eingegangen, daß infolge der nicht wohlwollenden Haltung des Berliner Ministeriums die Einführung eines Telefonverkehrs mit Deutschland vertagt werden mußte bis zum Abschluß eines polnisch-deutschen Handelsabkommens. Die Verhandlungen hierüber haben noch nicht begonnen, da, wie uns die Industrie- und Handelskammer mitteilt, die deutsche Regierung unter verschiedenen Vorwänden den Beginn der Verhandlungen hinauschiebt.

§ Holzhandel. Auf Ersuchen des Gerichts hat die Bromberger Industrie- und Handelskammer in der Frage des Handels mit Brettern folgendes amtliches Gutachten abgegeben: a) In der Bromberger Gegend besteht gegenwärtig und bestand im Jahre 1919 der Handelsbrauch, daß beim Kauf von Brettern zum Zwecke einer möglichst genauen Feststellung des Kaufgegenstandes schon im voraus bei dem Abschluß des Vertrages die Stärke der Bretter angegeben wird, die für die Berechnung des Kubus maßgebend ist und deren Länge und Breite erst bei der Lieferung gemessen wird; b) die bei dem Kauf geschneittenen Materials festgesetzte Stärke der Bretter ist für die Berechnung maßgebend. Seit dem Jahre 1916 besteht der Handelsbrauch, daß die sogenannten Übermaße nicht angegeben werden; c) nach dem Handelsbrauch konnte in dem vorliegenden Falle die Vermessung bei der Lieferung nur die Länge und Breite der Bretter, nicht aber ihre Stärke betreffen.

§ Über den Ankauf von Teer. In einem Streitfalle über den Ankauf von Teer hat die Bromberger Industrie- und Handelskammer folgendes Gutachten abgegeben: Bei dem Ankauf von Teer ist, soweit dieser tonnenweise verkauft und gekauft wird, der Preis für eine Tonne Teer maßgebend ohne Rücksicht darauf, ob die Tonne Teer brutto 4 Zentner wiegt oder mehr. Nach dem Handelsbrauch wird nämlich das Gewicht einer Tonne Teer durchschnittlich mit etwa 4,75 Zentner brutto angenommen, und zwar mit 4 Zentner Nettoinhalt plus Gewicht der leeren Tonne mit 0,75 Zentner, zusammen also brutto 4,75 Zentner. Erst in der letzten Zeit hat sich eine geringe Anzahl von Interessenten infolge der hohen für Teer berechneten Preise mit der Forderung an uns gewandt, daß die Teertonnen so gefüllt werden, daß sie 4 Zentner brutto wiegen, und dies soll auf den ausdrücklichen Wunsch der einzelnen Abnehmer erfolgen. Wenn also der Verkäufer die Tonne Teer verkauft, ohne den Abnehmer davon zu benachrichtigen, daß es sich um eine Tonne Teer handelt, die 4 Zentner brutto wiegt, so kann er sich den Überschusspreis für die überschüssigen 4 Zentner nicht in Rechnung stellen.

§ Großpolnische Gärtnerei-Ausstellung. Vom 30. September bis zum 5. Oktober findet in Posen, und zwar auf dem Gelände des Obereschleischen Turms, eine Gärtnerei-Ausstellung statt, die folgende Gegenstände umfassen wird: Früchte, Wildlinge und Obstbäume, Gemüse, Boden- und Treibhausblumen und deren Samen, Blumenbinderei, Erzeugnisse, Gartenpläne, Obstzeugnisse und Gärtnerei-Geräte, Korbflechterei, künstlichen Dünger und Gartenliteratur. Anmeldungen mit Angabe des erforderlichen Raumes nimmt das Ausstellungs-Komitee bis zum 15. September entgegen. Das Komitee amtiert im Bureau des Gärtnereiausschusses der Großpolnischen Landwirtschaftskammer, ul. Mickiewicza 38 II (fr. Hohenzollernstraße). Der Preis für einen Quadratmeter im Pavillon der

Handelsbank beträgt 500 M., für einen Quadratmeter im Obereschleischen Turm 300 M., für einen Quadratmeter im Freien 200 M. Für die für Obstzeugnisse und Gärtnereigeräte bestimmten Plätze wird die doppelte Bezahlung erhoben. Die Bezahlung für die für die Blumenbinderei Erzeugnisse bestimmten Plätze wird nach vorherigem Vertrag mit dem Ausstellungs-Komitee festgesetzt. Die Eröffnung der Ausstellung erfolgt am Sonnabend, 30. September, um 12 Uhr mittags. Für das Publikum wird die Ausstellung von 9 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags geöffnet sein. Die Prämiierung der ausgestellten Gegenstände durch die Richterkommission erfolgt vor der Eröffnung der Ausstellung. Das Ausstellungs-Komitee übernimmt die Beförderung der Ausstellungsgegenstände vom Bahnhof zum Ausstellungsplatz. Die Verbandskosten trägt der Aussteller.

§ Warnung vor falschen Beamten. Vor einigen Tagen berichteten wir unter obiger Spitzmarke von einer durch Angehörige des Detektivbüros „Rex“ unrechtmäßig vorgenommenen Hausdurchsuchung und Verhaftung bei einem Wladislaw Wlofik, Bahnhofstraße (Dworcowa) 60. Der Privatdetektiv Max Rippert schreibt uns dazu folgendes: „Am 28. August nachts ging ich mit meinem Schiffs-Klempnermeister an dem Hause Bahnhofstraße 60 vorbei, wo sich mein Büro befindet. Ich bemerkte einen schlecht gekleideten jungen Mann von 17–18 Jahren, der aus dem Torweg kam, und da derselbe nicht in dem Hause wohnte, war, hielt ich ihn an. Er drehte sich um und lief auf den Hof zurück. Darauf kam der Hauswirt und fragte, was es gäbe. Auf meine Angaben hin forderte er mich auf, die Persönlichkeit des jungen Mannes festzustellen. Als wir dann nach dem Hof gingen, sahen wir, daß bei Wladislaw Wlofik Licht war. Wir klopfen an die Tür und fragten, ob der junge Mann sich hier verborgen hielt. Bekamen aber zur Antwort, das ginge uns gar nichts an. Ich rief nun die Kriminalpolizei zu Hilfe, worauf auch ein Beamter erschien und die Personalien des jungen Mannes feststellte. Mein Gehilfe und ich entfernten uns hierauf. Die gegen mich erhobene Anklage beruht voll und ganz auf Unwahrheit. Ich habe weder Hausdurchsuchungen noch Verhaftungen vorgenommen.“

§ Festnahme eines Betrügers. Von der Kriminalpolizei wurde ein gewisser Wladislaw Jetter, wohnhaft Schwedenhöhe (Szawadowo), Albersstraße (Orka) 47, verhaftet, der sich unter der Vorgabe, Brennmaterialien und Lebensmittel zu liefern, von verschiedenen Leuten Geld erschwindelte. Geschädigte können sich auf der Kriminalpolizei, Zimmer 39, melden.

Handels-Rundschau.

Ämtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 28. August. (Breite für 100 Kilo Doppelcentner.) Weizen — bis — M., Roggen 17 800–19 800, Braugerste 16 800–17 800, Hafer 21 500–23 500 M., Raagenmehl (70 Proz.) 30 800–31 000 M. (inkl. Sade), Roggenkleie 11 600 M.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtliche Auszahlungen in Mark	28. August		26. August		Märk. Parität.
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland . . . 100 Gulden	55439.80	55589.40	69912.50	70087.50	168.74 M.
Buenos Aires 1 P. Pes.	517.35	518.85	647.17	648.82	1.78
Belgien . . . 100 Francs	10488.85	10513.15	12833.90	12866.10	81.00
Norwegen . . . 100 Kron.	23970.00	24030.00	30561.75	30638.25	112.50
Dänemark . . . 100 Kron.	30461.85	30533.15	38851.75	38848.25	112.50
Schweden . . . 100 Kron.	37952.50	38047.50	47740.75	47859.25	81.00
Finnland . . . 100 Finn.	3320.80	3329.20	4244.65	4255.35	81.00
Italien . . . 100 Lire	6242.10	6307.90	7640.40	7659.60	20.43
England . . . 1 P. Sterl.	6342.00	6408.00	7990.00	8010.00	42.00
Frankreich . . . 100 Francs	1448.18	1451.82	1797.75	1802.25	81.00
Spanien . . . 100 Peset.	11186.00	11214.00	13483.10	13516.90	81.00
Schwiz . . . 100 Francs	27765.25	27834.75	34107.30	34192.70	81.00
Portugal . . . 100 Escud.	22657.85	22628.15	27655.50	27634.50	85.06
Deutsch-Ost. abgeh.	1.93	1.97	2.43	2.47	85.06
Brasilien . . . 100 Kron.	5243.40	5258.60	6441.90	6458.10	85.06
Budapest . . . 100 Kron.	79.90	80.10	100.37	100.63	85.06

Kurse der Posener Börse vom 28. August. Ditteltelle Kurse: Bank Handlowy, Poznań 320–340. R. Barciński 165. Rabat 3800–3900. Dr. Roman Mar 950–980. Patria 460. Cegielski 1–8. Em. 350–365–360. J. Hoffmann 170. Bank ziele Kurse: Bank Poznański (exkl. Kupen) 170. Chemikalia: Przemysłowcow (Industrie) 200. Wytwornia Chemiczna (n. Bezugsr.) 1–2. Em. 180. Wiskla 960. Arcona 350. Dettfeld u. Victorins 375–370. „Unja“ (Syn. Dettfeld) 560–570. Wiskla 780 (n. Bezugsr. Surt.) 130. Tri 135. D. Kantowicz 780–770.

Warschauer Börse vom 28. August. Schecks und Uml. 1/2: Belgien 645–667. Berlin 5,25–5,55–5,45. Danzig 5,40/1/2 bis 5,25/1/2–5,50. London 40 100–39 650–39 775. New York 8885. Paris 678–682. Brag 320. Wien (für 100 Kronen) 13,25. — Devisen (Barzahlung und Umlage): Dollars der Vereinigten Staaten 8860–8845. Englische Pfund—. Tschechoslowakische Kronen—. Kanadische Dollars 8765–7850. Belgische Francs—. Französische Francs—. Deutsche Mark 5,80–5,50.

Ämtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 28. August. Holl. Gulden —, —, Brief. Pfund Sterl. 162,670 Geld, 6281,30 Brief. Dollar 1398,60 Geld, 1401,40 Brief. Polennoten 17,98/1/2, Gd., 18,01/1/2, Br., Auszahlung Warschau 17,23/1/2, Gd., 17,26/1/2, Br., Auszahlung Polen 16,98/1/2, Gd., 17,01/1/2, Br. Paris 11 798,20 Geld, 11 811,80 Brief.

Schuldkurse vom 28. August. Danziger Börse: Dollarnoten 1625 Geld, 1525 Brief. Polennoten (18 Geld, 17,50 Brief. New Yorker Börse: Deutsche Mark 0,06/1/2, Parität 1632,65).

Ausverkauft. Die Polnische Landesdarlehnskasse zahlte heute für deutsche 1000- u. 100-Markcheine 530, für 50-, 20- u. 10-Markcheine 510, für kleine Scheine 430. Gold 1753. Silber 236.

Kino Nowości.

Heute!!!

Première

Heute!!!

Die berühmte

Ellen Richter

in dem wunderschönen bekannten Stück

Madame Sans Gêne

Drama in 6 Akten.

Trinkt

Porter Wielkopolski

Warnung.
Für Kredite u. Schulden auf meine Firma und Namen komme ich nicht auf.
M. Euminski, Lotietta 18.
Gemüll-Abfuhr
und andere Fuhrwerke bei bill. Berechnung 12993
Berlinska 96. Telef. 1776.

Bornehmer Herr
in angenehmer Stellung, akademisch gebildet, 30 J. alt, vollständig unabhängig, sucht die Bekanntschaft einer **jungen Dame** aus guter Familie, in Landwirtschaft, Witwe m. Kind angenehm. Offert. mit Bild, welches zurückgefordert wird, u. B. 13262 a. d. G. d. 3. Distr. ausgef.

Offene Stellen
Geschäftsführer
verh., dessen Frau die Küchenleitung versteht für ein Café-Restaurant in Bydgoszcz zum 1. Oktober 1922 gesucht. Geschäftsgewandter Herr, der auch m. d. Konditorei- und Bäckerei-Verwaltung vertraut ist, bevorzugt. Off. u. B. 13146 an die Geschäftsst. d. 3tg.

2 Friseurgehilfen
bei hohem Gehalt von sofort oder später sucht
Jeschwig, Grudziadz,
Plac 23 stycznia 25/26. 9563

2 tüchtige Klempner-Installateure
sofort gesucht, für dauernde Arbeit. Chojnowitz,
ulica 3duna Nr. 10. 13112

Tüchtigen Klempner
der auch Schweißarbeiten ausführen kann, suchen für dauernde Beschäftigung
Muscat, Belde & Co., Trzem.

Maschinenschlosser
zum mögl. baldigen Eintritt wird gesucht ein unbedingt zuverlässiger
erster 9521

Maschinenschlosser
für Beaufsichtigung und Instandhaltung der gesamten maschinellen Ziegeleianlagen - Dampfmaschinen, Ziegeleipressen, elektr. Licht-Anlagen etc., der alle eintretenden Reparaturen selbstständig ausführen kann. Bewerbungen unter Einbringung von Zeugnissen nebst Gehaltsansprüchen an "P. v. Polka Agencja Reklamowa, Tow. Akc., Poznań, ul. Ratajczaka 8 unter "Maschinenschlosser" Nr. 34 164.

Schneider und Schneiderinnen
stellt ein 9553
Rudolf Hallmich,
Kositzka - Mahageschäft
Gdańska 154.

Reisedame
gewandt, tüchtig, beide Sprachen fließend, langj. Tätigkeit nachw., sucht gut lohnende Reisevermittlung. Offert. unter L. 13235 a. d. G. d. 3.

Ordentl. Zeitungsträger
wird bei hohem Gehalt gesucht.
Melba. in der Geschäftsstelle der "Deutschen Rundschau", Bahnhofstraße 6. 9527

Haarnekstriderinnen
stellt für dauernd ein 8784
P. & S. Modratowski, Pomorska Nr. 17.

Raufmann
erste Kraft, zur Leitung der Buchhaltung, Stenographin
für deutschen Briefwechsel, beide zum 1. 10. oder früher gesucht. Angebote mit Gehaltsanpr. erbeten an
Gustav Weese,
Toruń. 9572

Stenographin
für deutschen Briefwechsel, beide zum 1. 10. oder früher gesucht. Angebote mit Gehaltsanpr. erbeten an
Gustav Weese,
Toruń. 9572

Best.
u. Ankleidenmeister
nur mit besten Zeugnissen über langjähr. Tätigkeit in größeren Sägewerken, der polnischen Sprache mächtig, sucht unt. güt. Bedingungen a. 1. Okt. d. 3. oder früher
A. Heller
Tatarski parowoz,
Solacz, pow. Bydgoszcz.

Maschinen
für 120 P. S. Dieselmotor
Suche zu sofort für 1600
Morgen großes Gut
jungen Landwirt
zur weiteren Ausbildung.
Schriftl. erwünscht. 13105
Motomierz p. Bydgoszcz.

Maschinen
Suche zu sofort für 1600
Morgen großes Gut
jungen Landwirt
zur weiteren Ausbildung.
Schriftl. erwünscht. 13105
Motomierz p. Bydgoszcz.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Stellengesuche
Deutsch-Student
sucht Arbeit während der Ferien d. welch. Art. Ang. u. B. 13242 a. d. G. d. 3tg.

Nur durch „Polonia“
die Firma
in Bydgoszcz, Dworcowa 52, Telefon 1313
können Sie Ihr Grundstück schnell und vorteilhaft verkaufen.
Reflektanten Amerikaner stets vorhanden.
Größtes Unternehmen am Platze. :: 2 Minuten vom Bahnhof.

Wir haben zum Verkauf:
rundes Eichen-Holz
nicht teuer, franto Verladestation.
Offerten erbeten an 13221
Ginberg, Warszawa,
ulica Soła 3. Telefon 13213.

Bauholz, Kloben, Knüppel, Stubben u. Strauchhaufen
habe ab Wald, Nähe Bydgoszcz, gegen Höchstgebot abzugeben. E. Wegner, Bydgoszcz, Promenada 22.

Rübenbahn
ca. 2000 m Gleis, in Bängen von 2 m (Spalbinggleis), Rübenwagen, 2-3 ehm Inhalt, 600 mm Spurweite, sofort zu kaufen gesucht. Offert. unter G. 9534 an die Geschäftsstelle d. 3tg. 95440

Achtung!
Kaufe sämtliche Flaschen, Metalle, Alt-Eisen, Lampen, Papier, Knochen.
Zahle die höchsten Preise.
M. Rosciuski (Königsstraße) 6. 11753

1 Schreibstisch mit Aufbau
(gebraucht) zu kauf. gesucht.
Off. u. B. 13241 a. d. G. d. 3. 13241

1 Kinderbettst. m. Matr.
zu verk. Ritterstr. 4, II. r. 13253

1 A. Bettst. m. Matr.
zu verk. Ritterstr. 4, II. r. 13253

1 A. Bettst. m. Matr.
zu verk. Ritterstr. 4, II. r. 13253

1 A. Bettst. m. Matr.
zu verk. Ritterstr. 4, II. r. 13253

1 A. Bettst. m. Matr.
zu verk. Ritterstr. 4, II. r. 13253

1 A. Bettst. m. Matr.
zu verk. Ritterstr. 4, II. r. 13253

1 A. Bettst. m. Matr.
zu verk. Ritterstr. 4, II. r. 13253

1 A. Bettst. m. Matr.
zu verk. Ritterstr. 4, II. r. 13253

1 A. Bettst. m. Matr.
zu verk. Ritterstr. 4, II. r. 13253

1 A. Bettst. m. Matr.
zu verk. Ritterstr. 4, II. r. 13253

1 A. Bettst. m. Matr.
zu verk. Ritterstr. 4, II. r. 13253

1 A. Bettst. m. Matr.
zu verk. Ritterstr. 4, II. r. 13253

1 A. Bettst. m. Matr.
zu verk. Ritterstr. 4, II. r. 13253

1 A. Bettst. m. Matr.
zu verk. Ritterstr. 4, II. r. 13253

